№ 281 Abend-Ausgabe
B 138

Berlin

Dienstag, 16. Juni 1925
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 5600—5863, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5686—5698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Vor der Entscheidung.

Von
Dr. Wilhelm Feldmann,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

✱ **Paris**, 14. Juni.

„Fleurus 21 — 99! — Allo, allo! Deutsche Delegation?" „Jawoll, Herr Doktor! Die Herren sind aber alle weg! Es ist niemand da."

Diese kleine Zwiesprache findet fast jeden Nachmittag gegen sieben Uhr statt. Der freundliche Botenmeister der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen erkennt mich längst gleich an der Stimme. Gewöhnlich folgt seiner negativen Auskunft noch ein erklärender Nachsatz. „Die Herren sind noch nicht von der Sitzung zurück". Oder etwa: „Die Herren sind schon fortgegangen. Die Sitzung war heute früher zu Ende."

Stellt man die durchweg reizenden Herren der Delegation, wie es die Berichterstatterpflicht nun einmal erfordert, von Zeit zu Zeit persönlich, so erhält man auf die Frage nach dem Stand der Verhandlungen unweigerlich die Antwort: „Wir dürfen nichts sagen. Wir haben uns den Franzosen gegenüber feierlich zu völligem Schweigen verpflichtet."

So geht es nun schon seit Wochen. Als dieses Versteckspiel anfing, wurde den hiesigen Vertretern der deutschen Presse versprochen, daß sie „so bald wie möglich" eingehend informiert werden. Man ließ damals durchblicken, daß der deutsch-französische Handelsvertrag aller Voraussicht nach „vor Pfingsten" unterzeichnet wird. Mitte Mai wurde die Unterzeichnung für „gleich nach Pfingsten" in Aussicht gestellt. Jetzt verlautet, die nächsten zehn Tage müßten „die Entscheidung" bringen. Es werde sich binnen zehn Tagen herausstellen, ob der Handelsvertrag noch vor den parlamentarischen Sommerferien unterzeichnet werden kann oder nicht.

Als die Oeffentlichkeit zum letzten Male authentisch über den Stand dieser Verhandlungen unterrichtet wurde, war gerade die wichtige Grundverständigung zwischen Deutschen und Franzosen unterzeichnet worden. Deutschland hatte, wie erinnerlich, eine gewisse „Diskriminierung" seiner Einfuhr nach Frankreich für das Provisorium und für eine kurze Uebergangszeit zugestanden. Dafür hatte Frankreich zugesichert, daß Deutschland im endgültigen Handelsvertrag, nach Ablauf der vereinbarten Uebergangszeit, die de facto-Meistbegünstigung erhalten wird. Die Hauptschwierigkeit sei, so wurde uns damals erklärt, nunmehr beseitigt. Die Einigung über die Detailfragen werde allerdings auch nicht allzu leicht sein, aber sie werde bestimmt zustandekommen.

So lautete damals die amtliche Auskunft, die dann aber durch eine wesentliche Bemerkung eingeschränkt wurde. Diese Bemerkung lautete: „Voraussetzung für den Abschluß des Handelsvertrages ist und bleibt nach Auffassung der maßgebenden deutschen Stellen die privatwirtschaftliche Einigung zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie."

Diese Auffassung ist kein Geheimnis. Sie ist den deutschen Pressevertretern damals für die Oeffentlichkeit mitgeteilt worden mit dem beruhigenden Zusatz, die Regierung sei über die privatwirtschaftlichen Industriebesprechungen genau unterrichtet und wache darüber, daß die erstrebte Einigung nicht „auf dem Rücken der Verbraucher" abgeschlossen wird.

Die Industrieverständigung ist bis heute nicht zustandegekommen, und der Gedanke liegt sehr nahe, daß nur deshalb auch der Handelsvertrag bis heute nicht zustandegekommen ist. Wohl möglich, daß noch Meinungsverschiedenheiten über Positionen bestehen, die mit der Schwerindustrie nichts zu tun haben. Aber diese Meinungsverschiedenheiten würden sicher rasch beseitigt, wenn die Industrieverständigung erzielt wäre.

Das deutsch-französische Schweigegelöbnis gilt nach Auffassung der deutschen Delegation auch für die privaten Industrieverhandlungen. Die Geheimniskrämerei wird soweit getrieben, daß nicht einmal rein äußerliche Dinge mitgeteilt werden. Man hört durch Zufall, daß deutsche und französische Schwerindustrielle in Düsseldorf verhandelt haben oder daß Generaldirektor Bruhn von den Krupppwerken über Pfingsten in Paris weilte, wohl sicher nicht, um sich in der überfüllten Kunstgewerbeausstellung zu erholen. Irgendeiner unterrichteten Stelle war die vor acht Tagen noch richtige Auskunft entschlüpft, daß die deutsch-französischen Industriebesprechungen am Donnerstag, 11. Juni, in Paris wiederaufgenommen werden. Dann stellte es sich heraus, daß deutsche und französische Schwerindustrielle zunächst noch in London über die längst erstrebte Wiederherstellung des alten europäischen Schienenkartells verhandeln mußten, und die Eisenzollfrage, ohne deren Lösung der deutsch-französische Handelsvertrag nicht unterzeichnet werden kann, wurde abermals zurückgestellt. Jetzt sollen die deutsch-französischen Industriebesprechungen, wie die „Vossische Zeitung" berichtet hat, am 16. Juni wieder aufgenommen werden, und zwar in Luxemburg.

Die Schwerindustriellen haben es offenbar nicht eilig. Aber der deutsch-französische Handelsvertrag ist schließlich nicht nur für die Schwerindustrie bestimmt. Die beiden Völker sind dabei beteiligt. Die ungeheure politische Bedeutung dieses Vertrages, dessen Unterzeichnung die europäische Atmosphäre zweifellos günstig beeinflussen würde, ist ja oft genug von deutscher und von französischer Seite betont worden, seitdem Herriot sie am 1. Oktober vorigen Jahres bei der feierlichen Eröffnung der Handelsvertragsverhandlungen voll froher Hoffnung betonte. Es ist doch wohl an der Zeit, das Publikum darüber aufzuklären, aus welchen Gründen das Ziel bisher nicht erreicht worden ist. Die Presse könnte sonst eines Tages überraschend vor die Tatsache gestellt werden, daß die Handelsvertragsverhandlungen in letzter Minute als „aussichtslos" abgebrochen wurden.

Von deutscher Seite wird den auskunftfordernden Journalisten gelegentlich vorgehalten, daß auch die französische Presse nicht informiert werde und dagegen nicht protestiere. Der Vergleich zwischen deutschen und französischen Verhältnissen hinkt aber in diesem Fall gewaltig. Für das französische Volk steht bei der Industrieverständigung nicht so viel auf dem Spiel wie für das deutsche Volk. Der französischen Delegation gehören Vertreter aller Volkskreise, zum Beispiel auch der Arbeiterschaft, an, die genau unterrichtet sind und die Begünstigung bestimmter Produktionszweige verhindern können. Der Handelsminister Chaumet ist, wie seine Grenobler Rede vom 21. Mai zur Genüge bewies, weit von der Auffassung entfernt, daß die Interessen der Großindustrie in höherem Maße als die Interessen der anderen Produktionszweige „nationale" Bedeutung haben. Und endlich besteht für Frankreich nicht, wie gegenwärtig für Deutschland, ein enger Zusammenhang zwischen Industrieverständigung und Lastenverteilung.

Auch in Frankreich verursacht die Verschleppung der Handelsvertragsverhandlungen eine gewisse Nervosität. Aber die Erregung richtet sich gegen Deutschland, dem man vorwirft, den Handelsvertrag als Druckmittel zur Erzielung besserer privatwirtschaftlicher Abmachungen zugunsten der deutschen Schwerindustrie zu benutzen. Es wäre gut, wenn dieser Auffassung durch ausreichende Informierung der Oeffentlichkeit entgegengetreten würde, ehe die Nervosität sich in der französischen Presse Luft macht und eine neue Vergiftung der Atmosphäre herbeiführt.

Der Kampf um Marokko.

Painlevés Bericht.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Paris**, 15. Juni.

Painlevé ist heute vormittag nach Paris zurückgekehrt, am Bahnhof von einer großen Menschenmenge begrüßt. Er begab sich sofort in das Elysée, wo unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat abgehalten wurde. Man nimmt an, daß Painlevé die erste Gelegenheit wahrnehmen wird, um der Kammer Erklärungen über die Lage in Marokko und über die Friedensaussichten zu machen.

Die Marokko-Frage wird für die Sozialisten immer heikler, da die Kommunisten die allgemeine Abneigung gegen kriegerische Verwicklungen erfolgreich ausbeuten. Auf der anderen Seite hat sich die Zusammenarbeit des Linkskartells erst jetzt wieder bei den Generalratswahlen im Seine-Departement so erfolgreich bewährt, daß dort voraussichtlich anstelle der nationalistischen Mehrheit eine Linksmehrheit tritt.

Bemerkenswert ist, daß auch maßgebende Organe der Radikalen, wie der „Quotidien", gegen Painlevé polemisieren. Insbesondere wird dessen angebliche Erklärung beanstandet, daß Frankreich evtl. die Rifkabylen bis zur spanischen Zone verfolgen würde. Das Blatt erklärt, daß sich dadurch Frankreich in das schlimmste Abenteuer stürzen würde, zumal Spanien keinen anderen Wunsch habe, als Frankreich im Interesse seiner militärischen Rehabilitierung einzuspannen.

Das „Ere Nouvelle" fordert dagegen Painlevé auf, heute in der Kammer erneut einen Beweis seines Willens und seiner Energie abzulegen, vor denen heute wie gestern aller Widerstand aufhören werde. Das „ganze republikanische Frankreich", mit Ausnahme einiger Eigenbrödler oder unbeugsamen Partei-Doktrinäre stehe hinter Painlevé.

Das „Petit Journal" glaubt zu wissen, daß im Verfolg der Marokkoreise Painlevés das Oberkommando der französischen Truppen in Marokko reorganisiert werden soll. Die oberste Leitung über die Operationen solle ein „militärischer Führer ersten Ranges" erhalten, der bereits während des Weltkrieges Beweise für seine Befähigung abgelegt habe, und der seit dem Waffenstillstand mit den verschiedenen Missionen, die man ihm übertragen habe, besten Erfolg gehabt habe. Dieser militärische Führer stände natürlich unter dem Oberbefehl des Marschalls Lyautey.

In dem amtlichen Communiqué über die Lage in Marokko wird mitgeteilt, daß die Lage an der gesamtfranzösischen Front sich bessere dank der Aktivität der französischen Truppen.

Die Verhandlungen mit Spanien

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Madrid**, 16. Juni.

Die spanisch-französische Marokkokonferenz tritt, wie nunmehr endgültig feststeht, am Mittwoch morgen hier zusammen. Die Beratungen sind geheim. An Bord eines französischen Kreuzers ist gestern ein französischer Admiral in Ceuta, dem spanischen Stützpunkt an der afrikanischen Küste gegenüber Gibraltar, eingetroffen, um mit dem spanischen Geschwaderchef über die Durchführung der Blockade zu verhandeln. Painlevé hat auf seinem Rückflug nicht in Malaga haltgemacht. Die angekündigte Besprechung mit spanischen Regierungsvertretern ist also unterblieben.

Die Marokkaner.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **Madrid**, 14. Juni.

Was sind das für Menschen, die bettelarm, halb verhungert, in ihrer jämmerlichen Dürftigkeit es wagen, vor den Toren Europas gleichzeitig den Kampf gegen zwei große europäische Nationen aufzunehmen? Spanier und Franzosen nennen sie „Rebellen". Und doch führen sie nur einen rechtmäßigen Verteidigungskrieg für ihre Heimat!

Die heutige Bevölkerung des Rifgebietes, und des weiter südlich gelegenen Vorlandes des Atlasgebirges, ist eine Mischung von Ureinwohnern, denen sich zur Zeit der Völkerwanderung auch germanische Stämme zugesellten. Blondhaarige Menschen sind dort noch heute häufig zu finden. In jenen Landstrichen siedelten sich auch die aus Spanien im 15. und 16. Jahrhundert vertriebenen Mauren und Morisken an. In der Hauptsache besteht die heutige Bevölkerung aus Berbern und Arabern. Die ersten sind weitaus zahlreicher und haben mehr Wildheit bewahrt; während die mehr arabischen Stämme eine etwas höhere Kultur erreichten, weshalb aus ihnen zumeist die kriegerischen Führer, die Koranlehrer und „Politiker" hervorgehen. Abd el Krim selbst behauptet, Nachkomme jenes alten Kämpfers gegen die Christen zu sein, der unter dem Namen Barbarossa bekannt war und den wir Seeräuber nennen. Einige der heute noch in Fez ansässigen arabischen Familien bewahren als Andenken an Adelszeichen die schweren, verrosteten eisernen Schlüssel ihrer einstigen Paläste in Cordoba oder Granada. Sie haben Hoffnung, und sprechen es aus, dereinst wieder in das verlorene spanische Land zurückzukehren . . .

Die Gegenden bei Fez sind fruchtbar, und die Bevölkerung ist dort im allgemeinen friedlich. Etwas weiter nördlich aber, nach der Südgrenze der spanischen Zone hin, breitet sich ein schier unerforschtes Bergland aus, mit Höhen bis zu 2500 Meter, auf denen ewiger Schnee liegt. Dort sind die Menschen unbeugsam.

Das „Rif" ist bergige Küstenzone zwischen Ceuta und Melilla. Diese Spanien zugeteilten Landesteile waren noch niemals unterworfen und unterstanden auch niemals tatsächlich der früher nicht unbeträchtlichen Macht der Sultane zu Fez. Die Stämme dort kämpften stets für die Unabhängigkeit gegen jeden, der sie bedrohte. Sie sind seit Jahrzehnten bei uns als „Rif-Piraten" bekannt.

Es sind meist hochgewachsene, sehr kräftige Leute, von weißer Hautfarbe, doch stark sonnenverbräunt. Die Geringeren tragen als hauptsächliches Bekleidungsstück die „djiloba", eine Art Umhang, zumeist von dunkler Farbe. Die Vornehmen bekleiden sich mit dem weißen Burnus und Turban. Die Sprache ist das sogenannte

Frankreichs Antwort.

Der französische Botschafter de Margerie hat heute vormittag um 12 Uhr dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann die französische Antwortnote auf das deutsche Memorandum über den Sicherheitspakt übergeben.

In der sehr umfangreichen Antwort wird die Stellungnahme Frankreichs und seiner Alliierten zu der deutschen Anregung ausführlich dargelegt.

Die Note wird hier sofort übertragen und soll Donnerstag vormittag gleichzeitig in Berlin, Paris und London veröffentlicht werden.

...(gumias)-Arabisch). Das Handwerk beschränkt sich auf das für die Lebensführung Notwendige, Allereinfachste; sie wissen aber auch recht kunstvolle Gegenstände zu machen, wie z. B. sehr schön verzierte Lederschuhe. Als Waffen fertigen sie sich ihre gebogenen Säbel (gumias) und Dolche; oft sehr gut gearbeitet. In neuester Zeit sollen sie auch eine Art von Handgranaten herzustellen wissen. Alle modernen Gewehre und sonstige Bewaffnung sind teils Beutestücke, teils wurden sie ihnen von den Schutzmächten selbst ausgehändigt, wenn auch für ganz andere Zwecke als die für die sie heute dienen. Zum größten Teil aber kauften sie die Waffen in Mengen von europäischen Händlern. Im französischen Parlament wurde ausgesprochen, daß eine französisch-englische Gesellschaft diesen Waffenschmuggel finanziert habe; natürlich zur Zeit, als nur Spanien mit den Kabylen zu kämpfen hatte. Es scheint dies tatsächlich zuzutreffen.

Abd el Krim hat heute einige leichte Automobile zu seiner Verfügung. Flugzeuge aber besitzen die Marokkaner bis jetzt nicht. Abd el Krim ließ sich allerdings einen Apparat aus Algier kommen; er wurde aber bald darauf von spanischen Fliegern durch Bombenabwurf zerstört.

Ueber die Bevölkerungszahl der Rifkabylen ist man völlig im unklaren; es werden aber etwa 15 000 waffenfähige Männer vorhanden sein, kaum mehr. Der Marokkaner ist der geborene Krieger; von einer Zähigkeit und Genügsamkeit sondergleichen. Besonders im Angriff ist er außerordentlich tapfer. Sie sind ausgezeichnete Reiter, vorzügliche Schützen, und haben sich auch die Erfahrungen der modernen Kriegskunst sehr rasch zu eigen gemacht: sie bauen Schützengräben, haben gut eingerichtete Beobachtungsposten, sogar mit Telephonleitungen.

Das Rif bildet kein in sich geschlossenes Staatswesen. Die einzelnen Landschaften sind nur geographische Namen für die europäischen Karten. Auch die verschiedenen größeren Stämme sind nicht als Ganzes zu betrachten. Diese Zusammenhanglosigkeit, dieser Urzustand der Dinge, und das Ungeregeltsein aller Verhältnisse ist neben der Rauheit des Landes der beste Schutz des Rif. Bestände dort ein auch nur einigermaßen zivilisierter Staat, so wäre das Land längst völlig unterworfen. Abd-el-Krim ist zwar heute der von den meisten Stämmen feierlich anerkannte Führer; zunächst aber nur der Führer im Kampf. Würde er heute mit Frankreich oder Spanien Frieden schließen, so wäre möglich, daß schon morgen ein anderer sich zum Anführer aufwerfen würde, und alles bliebe beim alten. Jeder einflußreiche Häuptling findet immer Genossen, wenn er sie zum Krieg gegen die Glaubensfeinde aufruft.

Entspannung im Mexiko-Streit.

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 16. Juni.

In der mexikanisch-amerikanischen Kontroverse wird anscheinend von beiden Seiten zum Rückzug geblasen. Das Weiße Haus dementiert energisch, daß Pershings Anwesenheit bei dem Wochenend-Ausflug als Zeichen für amerikanische Kriegsgedanken ausgelegt werden könnte, und betont, daß die Möglichkeit freundschaftlicher Regelung durchaus besteht. Washington sei geneigt, Calles nicht nach den Reden, die doch hauptsächlich auf mexikanisches Gefühl eingestellt seien, zu beurteilen, sondern nach seinen Taten. Es wird zugegeben, daß weitere Schritte vorher genau überlegt werden müßten, dazu sind Konferenzen zwischen Coolidge, Kellog, Sheffield und Borah geplant. Die Note würde nicht vor Ende Juli abgehen, so daß die Möglichkeit besteht, daß sie dann bereits durch mexikanisches Entgegenkommen gegenstandslos geworden sein könnte. Auch mexikanische Kreise äußern sich optimistisch und betonen, daß der Streit beigelegt werden könnte, ohne daß die Würde irgendeiner Partei verletzt würde. Es wird als bestimmt angenommen, daß Sheffield, der krank wurde und in Mexiko unbeliebt ist, zurücktritt. Er soll der eigentliche Urheber der augenblicklichen Schwierigkeiten sein.

Ein Amerikaner erschossen.

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung".

wsch **New York**, 15. Juni.

Der Amerikaner Mackenzie wurde bei Schanghai durch Wegelagerer erschossen, seine Begleiterin, Mary Duncan, wurde verwundet, als sie von der Fremdenkolonie zum American Club fuhren. Tschang-tso-lins Truppen besetzten das britische Generalkonsulat in Tientsin zum Schutz gegen die Demonstranten.

Englische Verstimmung gegen Moskau.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

fz **London**, 16. Juni.

In englischen Regierungskreisen ist man über die jüngste Entwicklung der Dinge in China außerordentlich ernster Auffassung. Die wachsende Gefahr im fernen Osten wird vom Kabinett sofort nach Chamberlains Rückkehr nach London eingehend erwogen werden. Zwischen den hauptsächlich interessierten Mächten haben zwar noch keine direkten Verhandlungen über diesen Gegenstand stattgefunden, doch hofft man, daß der heute eintreffende englische Gesandte in Washington, Sir Howard, das Ergebnis seiner kürzlichen Unterhaltung mit Staatssekretär Kellogg über diesen Gegenstand mitteilen wird. Man glaubt, Grund zu der Annahme zu haben, daß Amerikas Abneigung gegen jede bewaffnete Intervention angesichts der letzten Vorkommnisse in China etwas modifiziert worden sei. In japanischen Kreisen wird festgestellt, daß Tokio keine Aktion unternehmen wolle, ausgenommen nach Beratung und mit Uebereinstimmung aller anderen interalliierten Regierungen.

Vorläufig setzt man allgemein noch seine Hoffnungen auf die baldige Einberufung der von Washington vorgeschlagenen chinesischen Zollkommission. Diese Kommission soll die Zentralregierung mit Mitteln versehen, die ihr zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verwaltung so sehr fehlen. Dies könne man aber nur tun, wenn ein Ministerium vorhanden sei, das dafür garantiere, daß das Geld nicht für andere Zwecke, z. B. zur Finanzierung fremdenfeindlicher Aufstände verwendet werden würde.

Es herrscht in England allgemein die Auffassung, daß hinter der Aufstandsbewegung nur der bolschewistische Einfluß und russische Aufstachelung zu suchen sei. Wie man die Dinge hier ansieht, geht aus der Bemerkung hervor, die der diplomatische Berichterstatte dem „„Daily Telegraph" macht, daß nämlich die Frage ernstlich in Erwägung gezogen werden müsse, ob der Vertreter einer fremden Regierung, der andere Mächte offen dazu anreizt, englische Staatsangehörige anzugreifen, sich weiterhin der englischen Gastfreundschaft erfreuen soll. (Rakowski ist gerade aus London abgereist.)

Ein französisches Gelbbuch.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

e **Paris**, 16. Juni.

Wie der „Matin" mitteilt, steht die Veröffentlichung eines französischen Gelbbuches bevor, das folgende Dokumente enthält:

1. den deutschen Vorschlag vom 8. Februar, der am 24. Februar bestätigt worden sei,

2. die Mitteilung Herriots an Deutschland, daß er die Vorschläge erhalten habe, und daß er die Alliierten über diese Vorschläge befragen werde, und daß schließlich Frankreich bereit sei, die deutschen Vorschläge „im Rahmen der Verträge" zu prüfen,

3. sieben Noten, die zwischen England und Frankreich ausgetauscht worden seien,

4. die französische Antwort an Deutschland.

Ueber den Inhalt der Note an Deutschland teilt der „Matin" noch mit, daß Frankreich den deutschen Vorschlag eines Sicherheitspaktes annehme, und daß es die Hoffnung ausdrücke, daß auch die Vereinigten Staaten später an einem derartigen Vertrag teilnehmen würden. Weiter werde in der Note gesagt, daß Frankreich auch den Antrag auf Abschluß von Schiedsgerichts-Verträgen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien annehme und darüber hinaus fordere, daß der Rhein-Pakt durch andere Schiedsgerichts-Verträge ergänzt werde. Unter diesen Schiedsgerichtsverträgen seien namentlich zwei außerordentlich notwendig, und zwar ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen, und ein anderer zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei.

Pertinax im „Echo de Paris" findet, daß die Note ein viel zu künstliches Gebäude darstelle, um solide zu sein. Aus den Erklärungen Baldwins gehe hervor, daß man Deutschland die Möglichkeit lasse, auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den Alliierten zu verhandeln. Es bestände noch eine Reihe von „gefährlichen Rissen" in der französischen Stellung. So wisse man z. B. nicht, und man habe sich auch keine Gedanken darüber gemacht, ob eine etwaige deutsche Weigerung, Schiedsgerichtsverträge mit seinen östlichen Nachbarn abzuschließen, die Ablehnung der ganzen Sicherheitsverhandlungen mit sich brächte. Weiter beständen dann immer noch die alten Schwierigkeiten hinsichtlich der Feststellung des Begriffes „Angreifer".

Politische Tagesnachrichten.

Deutschland bei der kalifornischen Jubelfeier.

Kalifornien, der größte und wichtigste nordamerikanische Staat an der pazifischen Küste, begeht am 9. September den 75. Gedenktag seiner Aufnahme als Bundesstaat in die Union. Aus Anlaß dieses Gedenktages werden im ganzen Staat große Feiern und Veranstaltungen abgehalten werden, deren Höhepunkt die in der zweiten Septemberwoche in der Hauptstadt San Francisco veranstalteten offiziellen Feierlichkeiten bilden sollen. Eine große Flottenschau in der Bucht von San Francisco, an der sich außer amerikanischen auch Kriegsschiffe anderer Nationen beteiligen werden, ist als einer der Hauptpunkte des Festprogramms vorgesehen. Die Deutsche Regierung, an welche eine Einladung zu diesem Jubiläum seitens des Gouverneurs des Staates Kalifornien und des Bürgermeisters der Stadt San Francisco ergangen ist, wird durch einen Sonderdelegierten bei dem Festakt am 9. September vertreten sein.

Hindenburg Luthers Tischgast.

Der Reichskanzler gab Sonntag abend zu Ehren des Reichspräsidenten ein Essen in den Räumen der Reichskanzlei, zu dem Einladungen ergangen waren an die Mitglieder des Reichskabinetts, an den Chef der Heeresleitung, an den preußischen Ministerpräsidenten sowie an die Führer der politischen Parteien und Vertreter der Wirtschaft, der Kunst und Wissenschaft.

Der Besuch in Koblenz abgesagt.

Bei der Koblenzer Stadtverwaltung ist die Nachricht eingetroffen, daß Reichskanzler Dr. Luther und der preußische Ministerpräsident Braun von dem Besuch in Koblenz zur Jahrtausendfeier Abstand nehmen müssen, weil sie aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht länger als einen Tag von Berlin abwesend sein könnten.

Mecklenburgische Koalitionsfreuden.

Der Schweriner Landtag lehnte den Entwurf eines Lehrerbildungsgesetzes, der von dem volksparteilichen Minister Stammer eingebracht worden war, mit d[illegible]n Stimmen der Linken und der Deutschnationalen ab. Die Deutschnationalen stimmten also gegen ihre eigenen Koalitionsgenossen!

Die Nothilfe.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde heute über die Technische Nothilfe debattiert. Mit 13 gegen 12 Stimmen wurde beschlossen, den Etat der Nothilfe um 687 000 auf 3 000 000 herabzusetzen.

„Fiesko."

Aufführung auf der Volksbühne.

Unsere Volksbühne hat gestern das republikanische Trauerspiel „Die Verschwörung des Fiesko zu Genua" neu in ihren Spielplan eingefügt und dem literarisch meistbestrittenen Drama Schillers starke Theaterwirkungen abgewonnen. Was die Zeitgenossen des jungen dramatischen Titanen und ihre literarischen Nachbeter gegen den Fiesko einwenden, tritt immer wieder gegen die unmittelbare Wirkung zurück, die das Stück auf der Szene ausübt. Alle Elemente, die sich in der reichen Natur des Dichters entwickeln und klären sollten, stürmten in dem Entwurf dieses Jugendwerkes ineinander. Zu der hochgemuten Schwärmerei der „Räuber" hatte sich der erwachende historische Sinn gesellt, der Charakterstrich war mutig geworden, scharf bis an die Grenze der Uebertreibung, und der ideelle Freiheitsdrang strebte auf reale, politische Ziele los; dabei quoll die Handlung in einem Reichtum der Phantasie hervor, der den Hörer kaum zur Besinnung kommen läßt. All das — wenn auch durch kein streng abgewogenes Maß beherrscht — wirkt noch heute, wie, ja noch mehr als am ersten Tage, wenn gewisse Hauptbedingungen der Aufführung erfüllt werden. Und dafür hatte der Spielleiter Fritz Holl gesorgt, wenn ihm auch für die Darstellung der scharfumrissenen Gestalten nicht genug auserlesene Kräfte zur Verfügung standen. Der Szenenverlauf hatte das richtige, schier atemlose Tempo, die von dem Bühnenmaler Suhr gut angedeuteten Bilder waren durch wohlgefügte, schlagfertige Gruppen belebt; namentlich der Verschwörerakt im Hause Fieskos mit seiner Fülle von jähen Ueberraschungen, wurde durch gute Schulung der Kräfte, durch „Subordination" unter den Dichter, die heute um so mehr zu begrüßen ist, je seltener sie geworden, die Stimmung des Ganzen lebendig und teilte sich dem Hause mit . . .

Die kritische Nachprüfung der Einzeleindrücke kann freilich nur sparsam im Lobe sein. Leo Reuß gab den Fiesko verständig, wie namentlich der Vortrag der berühmten Rede vom Tierstaate bezeugte, und brachte auch die ekstatischen Momente ein gewisses Maß von Empfindung auf. Aber für das Charakterphänomen des Helden der „die leere lächelnde Miene eines Taugenichts lügt, während Riesenpläne und wütende Wünsche in seinem Busen gären" ist ihm die Persönlichkeit nicht gegeben. Er trug die Ueberlegung, mit der er spielte, in den Charakter hinein, der sie verhüllen soll und erschien oft neben dem Mohren — der Bestie, die er benützt und lenkt — als der geführte, der geschickt Dienende. Dazu trug freilich der Umstand bei, daß Alexander Granach sich der szenischen Führung bemächtigte und als Muley Hassan den schwarzen Teufel übertrumpfte. Es war ein genialer Zug in seiner Erfassung der Rasse, aber er huldigte so sehr der nahegelegten Kühnheit der Uebertreibung, daß alles Menschliche von dem Mohren abfiel. Die Charakteristik näherte sich der Karikatur, wenn er aus dem Mohren ein Perpetuum mobile machte, das auch nach erledigtem Dienste sich in ungeduldigen Zuckungen nicht genug tun kann.

Walter Franck legte Gewicht darauf, vom hergebrachten Bühnentypus des Verrina abzuweichen. Er machte keine Maske, deutete das Alter nur leicht an, und wirkte durch die Geschlossenheit, die unheimliche äußere Ruhe des Charakters, aus der die heroischen Entschlüsse hervorspringen. Darin hatte er bedeutende Momente; aber man vermißte trotzdem die greisenhafte Starrheit des Wesens, die — im Gegensatz zu der wilden Bewegung ringsumher — zum Charakterbilde gehört. Ueber die drei mitwirkenden Frauen, die Schwärmerei, bizarre Koketterie und mitleidswerte Unschuld versinnlichen sollten, tut man gut nach dem Vorbilde Verrinas einen Schleier zu werfen — dafür fehlen dem Ensemble die geschulten Talente; aus dem Heer der sonstigen Gestalten traten nur der Gianettino Gerhard Ritters und der von Carl Ludwig Achaz temperamentvoll gestaltete Bourgognino einigermaßen charakteristisch hervor.

Der Gesamteindruck war trotzdem stark. Die Darsteller und der Spielleiter konnten für reichen Beifall danken. Es wäre nicht uninteressant, es einmal mit Schillers Fiesko-Bearbeitung, die zuerst in Mannheim in Szene ging und in der die große Regung des Republikanismus im Helden den Sieg davonträgt, zu versuchen. Gegenüber mancher Klassikerverarbeitung, die wir heute schaudernd miterleben, hätte dieses Experiment den Vorzug, daß es vom Dichter selbst herrührt. Schiller selbst klagte freilich nach der Aufführung in Mannheim darüber, daß republikanische Freiheit hierzulande ein Schall ohne Bedeutung, ein leerer Name sei. Aber wir leben doch nicht mehr im Jahre 1783.

A. K.

Eine Ausstellung aus Berliner Privatbesitz. Wilhelm v. Bode bereitet, wie der „Kunstwanderer" erfährt, eine Ausstellung alter Meister aus privatem Besitz vor, die einen Ueberblick über die Sammeltätigkeit der Mitglieder des vor langer Zeit von Bode begründeten Kaiser-Friedrich-Museum-Vereins geben soll. Die Ausstellung wird in den Räumen der Akademie der Künste am Pariser Platz stattfinden und soll dem Vernehmen nach schon Mitte Juli eröffnet werden.

Verleihung der Grotiusmedaille. Von der Holländischen Völkerbundsvereinigung ist aus Anlaß der zweihundertjährigen Wiederverkehr des Erscheinens von Hugo Grotius' Hauptwerk „De iure belli ac pacis" die Grotiusmedaille an Prof. Walter Schücking, an Balfour, Ador, Politis und den General Dawes verliehen worden.

Die Wartburg-Teppiche.

Wer hat sie zerschnitten?

Die Angelegenheit des Verkaufs der berühmten Wartburg-Gobelins, die in der Oeffentlichkeit größtes Aufsehen erregt hat, ist immer noch nicht geklärt.

Um irrtümlichen Auffassungen entgegenzutreten, sei zunächst bemerkt, daß die Teppiche nicht als alter Wartburg-Besitz anzusehen sind, sondern in den sechziger Jahren vom damaligen Großherzog von Weimar im Frankfurter Kunsthandel erworben wurden und somit zweifellos Privatbesitz der ehemals in Weimar regierenden Familie darstellen. Die kostbaren Stücke waren ferner wohl in die Liste der national wertvollen Kunstdenkmäler aufgenommen, deren Veräußerung ins Ausland verboten oder von einer besonderen Ausnahme-Erlaubnis abhängig gemacht ist — aber ihr Verkauf innerhalb Deutschlands war rechtlich zulässig.

Nun hat ein Kölner Kunstfreund kürzlich die Teppiche erworben. Bei einer genauen Vergleichung mit dem Inventar der Wartburg und mit den dazu gehörigen Abbildungen stellte jedoch Direktor Dr. Demmler vom Kaiser-Friedrich-Museum fest, daß die jetzt vorliegenden Stücke eine beträchtliche Veränderung gegenüber dem früheren, dokumentarisch festgehaltenen Zustande aufweisen. Es handelt sich um zwei Teppiche, süddeutsche Arbeit aus der Mitte des 15. Jahrhunderts, die beide das gleiche dekorative Muster, eine Eroberung der Minneburg, in Wiederholungen zeigen. Beide sind 88 Zentimeter hoch; der eine maß in der Breite 2 Meter 24, der andere 2 Meter 26 Zentimeter. Nun fand Demmler, daß von dem einen Teppich ein Stück von etwa 90 Zentimeter Breite, von dem anderen ein solches von ungefähr 60 Zentimeter Breite fehlt. Die abgetrennten Teile hat der Räuber so geschickt herausgeschnitten, daß sie zusammenpassen, sich also wieder zu einem richtigen Muster verbinden lassen. Demnach würde, wenn sie zusammengenäht werden oder worden sind, plötzlich ein dritter Teppich von anderthalb Meter Breite vorhanden sein!

Wo ist dieses fehlende Doppelstück? Es ist, wie wir hören, erwiesen, daß die beiden Teppiche im September 1924 noch ihre Originalgestalt hatten. In der Zwischenzeit muß demnach die Zerschneidung vorgenommen worden sein.

Jetzt veröffentlicht, wie unser Weimarer Korrespondent mitteilt, Major a. D. von Block, der Chef der „Großherzoglich Sächsischen Hofhaltung" auf Schloß Heinrichsau in Schlesien eine Erklärung, die noch einmal auf die Rechtmäßigkeit des Verkaufs hinweist und dann im Hinblick auf die jetzt erst klargestellte Beschädigung fortfährt: „Wir haben die Rückgängigmachung des Kaufs angeboten und wer-

Das oldenburgische Beamtenkabinett zurückgetreten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

st **Oldenburg,** 16. Juni.

Im oldenburgischen Landtag, der vor einigen Wochen neu gewählt worden war, und der heute zum ersten Male zusammentrat, erklärte Ministerpräsident v. Finkh, der Chef der Beamtenregierung, welche durch Ausschreibung von Neuwahlen vergeblich an das Volk appelliert hatte, den Rücktritt des Kabinetts, und zwar geschehe das, um „klare Verhältnisse“ zu schaffen und aus „Selbstachtung“.

Der Landtag ist bekanntlich seinerzeit aufgelöst worden, weil die Beamtenregierung „klare Verhältnisse“ schaffen wollte. Diese klaren Verhältnisse hat die Wahl jedoch nicht gebracht.

Bei den Verhandlungen über die Bildung einer parlamentarischen Regierung tauchten die alten Schwierigkeiten wieder auf. Einig waren sich die Parteien vom Zentrum bis zu den Sozialdemokraten darin, daß die Beamtenregierung eine Niederlage erlitten habe und zurücktreten müsse. Die Beamtenregierung zeigte hierzu zunächst keine Neigung und ließ erklären, sie werde nur zurücktreten, wenn bis heute vormittag 9 Uhr eine neue Regierung gebildet sei. Bei Eröffnung des Landtages um 11 Uhr waren die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht.

Der Landesblock (die Rechtsparteien) will die Sozialdemokraten nicht an der Regierung beteiligt wissen. Die Demokraten sollen aufgenommen werden, wenn — sie Tantzen fallen lassen. Natürlich hat die demokratische Fraktion es abgelehnt, sich Vorschriften über die Auswahl ihres Kandidaten machen zu lassen, und hält geschlossen an ihrem bewährten Führer Tantzen fest. Nun verhandelten Zentrum und Landesblock über die Bildung einer Rechtsregierung. Das einfachste wäre eine Regierung der Weimarer Koalition, die im Landtag von 40 Sitzen 24 innehat. Das Zentrum hat, wie wir hören, dem Landesblock gegenüber jetzt erklärt, es werde bei weiterem Widerstand des Landesblocks eine Regierung mit Demokraten und Sozialdemokraten bilden.

Vertagung der Flaggenfrage.

Der Parlamentarische Dienst der Zentrumspartei stellt als Ergebnis der Reichstagsdebatte vom Sonnabend fest, daß von einer großen Mehrheit der Wunsch zum Ausdruck gekommen sei, die am meisten innere Unruhe schaffende Flaggenfrage zunächst aus den politischen Erörterungen herauszulassen. Damit ist für absehbare Zeit, da sich nicht nur Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu dieser Auffassung bekannten, sondern ihr sich auch ausdrücklich die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei anschlossen, dieser Streit zu den Akten gelegt. **Das bedeutet für die inneren Beziehungen der Parteien und der Bevölkerungsgruppen zueinander einen ganz außerordentlichen Gewinn, der, richtig benutzt, der gemeinschaftlichen Förderung der großen inneren und äußeren Schicksalsfragen der Nation zugute kommen müßte.**

Grabski-Konflikt mit dem Senat.

Im polnischen Senat wurde bei der Budgetberatung der Antrag gestellt, 3½ Millionen Zloty, die als außerordentliche Dienstzulage für die Finanzbeamten bestimmt waren, zu streichen. Ministerpräsident Grabski erklärte darauf, er müsse, falls dieser Antrag zum Beschluß erhoben werde, daraus die Konsequenzen ziehen. Grabski verließ dann nach einem scharfen Wortwechsel mit einem Senator, der behauptet hatte, die Dienstzulage, die für die Finanzbeamten des ganzen Reiches bestimmt sei, werde nur den Beamten des Finanzministeriums bezahlt, in großer Erregung das Beratungszimmer. In politischen Kreisen ist man der Meinung, daß der von Grabski gestellten Vertrauensfrage keine Bedeutung zukomme, da der Senat lediglich eine beratende Körperschaft sei.

---

den mit allen Mitteln bemüht sein, denjenigen oder diejenigen festzustellen, die in so schändlicher Weise die Teppiche beschädigt haben. Ferner werden wir gegen jeden, der die Angelegenheit so darstellt, als ob die Teppiche mit unserem Wissen zerschnitten worden wären, gerichtlich vorgehen.“

Daß die Vermögensverwaltung der früheren großherzoglichen Familie die beträchtlichen Zerschneidungen, die, wie oben dargelegt, in der Zeit vom September vorigen Jahres bis zu den Verkaufsverhandlungen mit dem rheinischen Sammler vor sich gegangen sein müssen, nicht früher bemerkt hat, so daß sie erst jetzt nach der genauen Untersuchung durch Direktor Demmler auf den schweren Schaden aufmerksam gemacht wurde, ist höchst bedauerlich. Das ist wohl nur dadurch zu erklären, daß dies wertvolle alte Kunstgut sich offenbar nicht dauernd unter sachkundiger, wissenschaftlicher Obhut befunden hat. Vielleicht hätte sich der Frevel schneller aufklären lassen, wenn er früher entdeckt worden wäre. Nunmehr ist es in der Tat dringend erforderlich, daß Polizei und Gerichte sich des ungewöhnlichen Falles energisch annehmen.

Seipel Ehrendoktor von Innsbruck. Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Innsbruck gemeldet: In feierlicher Weise wurde der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel zum Ehrendoktor der Innsbrucker theologischen Fakultät promoviert. Dem Festakt der Promovation wohnten der Bundespräsident Dr. Hainisch, Bundeskanzler Dr. Ramek, Unterrichtsminister Dr. Schneider und zahlreiche andere Festgäste bei. In seiner Promotionsrede behandelte Dr. Seipel das Problem des Zusammenhanges von Theologie und Politik. Eine gute Politik, so führte er aus, könne nicht ohne Ideen auskommen. Diese Ideen wiederum beherrschen die Menschen, wenn sie auch bisweilen aussehen, als wenn es nur Agitation und Demagogie wäre. Er, Seipel, bekenne sich zur Idee, zu den Idealen.

Geheimrat Lessers goldenes Doktorjubiläum. In diesen Tagen konnte, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Breslau berichtet wird, der Geheime Medizinalrat Professor Adolf Lesser sein goldenes Doktorjubiläum feiern. Lesser, ein Schüler Virchows, hat sich besonders durch Gründung und Einrichtung des Gerichtsärztlichen Instituts der Universität Breslau verdient gemacht. Von seinen wissenschaftlichen Arbeiten ist vor allem sein „Atlas für gerichtliche Medizin“ bekannt geworden. Zu seinem Ehrentage überbrachte eine Abordnung der Universität, unter Führung des Rektors, Prof. Ziekursch, dem Jubilar ihre Glückwünsche; auch der Kultusminister hatte telegraphisch gratuliert.

Aus den Theatern. Im Renaissance Theater findet am Sonnabend, dem 20. Juni, 8 Uhr, die Uraufführung des Dramas „Attak“ von Fritz Schwiefert statt.

Im Deutschen Künstler-Theater durfte Max Adalbert als Monsieur Trulala im Verein mit Grete Freund und Curt Bois für den heiteren Beifall des animierten Hauses schon zum 50. Male danken.

Zolldebatte am Bodensee.

Wangenheim im Landwirtschaftsrat.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

R. L—n. **Friedrichshafen,** 16. Juni.

Die heutige Verhandlung des deutschen Landwirtschaftsrates beschäftigte sich mit der Zollvorlage der Reichsregierung. Dr. Freiherr v. Wangenheim-Klein-Spiegel hielt ein weitausholendes Referat über die Entwicklung der Agrarzollgesetzgebung in Deutschland und über die Notwendigkeit des Agrarschutzes in der heutigen Lage.

Wangenheim begründete die Notwendigkeit, Deutschland aus der einheimischen Produktion zu ernähren, vorwiegend mit den in der Vorkriegszeit üblichen Argumenten, daß Deutschland auch in Kriegszeiten für alle Fälle wirtschaftlich gefestigt sein müsse, daß es sich bei einem von den Gegnern aufgezwungenen Kriege auch bei geschlossenen Landesgrenzen ernähren könne.

Im einzelnen versuchte er, nachzuweisen, welche Schäden die deutsche Landwirtschaft durch die minderwertige Einfuhr ausländischer Produkte erleide. Insbesondere werden Sämereien aus der ganzen Welt von Deutschland gekauft, während es einer intensiven deutschen Landwirtschaft möglich sein müßte, die nötigen Samen selbst zu züchten.

In sehr zugespitzter Formulierung gab der alte Vorkämpfer der Agrarzölle seiner Meinung Ausdruck, daß der Freihandel Deutschlands endgültigen Untergang bedeute.

Zum Schluß bekamen noch die landwirtschaftlichen Professoren ihr Teil ab, die sich gegen die Einführung von Agrarzöllen ausgesprochen hatten. Sie benehmen sich, meinte Wangenheim, wie Spezialärzte, die mit neuen Methoden am Sympthom herumzukurieren versuchen und darüber den ganzen Körper zum Teufel gehen lassen. Wenn man jetzt nich Agrarzölle einführe und statt dessen nach dem Repept der landwirtschaftlichen Universitätsgelehrten verfahre, so würde das Ergebnis sein: Operation gelungen, Patient tot!

Den stark kritisch gefräbten Ausführungen Wangenheims folgte ein Referat von Dr. Schindler, dem Verfasser der von dem Deutschen Landwirtschaftsrat ausgearbeiteten Denkschrift über die Notwendigkeit der Agrarzölle.

Schindler machte interessante Mitteilungen über die Entstehung der jetzigen Agrarvorlage. **Die Reichsregierung habe längere Zeit hindurch beabsichtigt, die Agrarzölle im Wege eines Ermächtigungsgesetzes wieder einzuführen. Trotz gewisser Bedenken habe sich die Industrie und die Landwirtschaft mit diesem Wege einverstanden erklärt,** aber durch den Widerstand der Konsumentenkreise und der ihnen nahestehenden politischen Parteien, die bei einem Ermächtigungsgesetz übermäßige Zollsätze befürchteten, habe sich die Regierung gezwunge gesehen, ein ins einzelne gehendes Zollgesetz den Parteien vorzulegen.

Die jetzige Vorlage leide vor allem daran, daß die Produktionsmittel, welche die Landwirtschaft am nötigsten brauche, besonders hohen Zollsätzen unterworfen werden. So sind die Zollsätze für die landwirtschaftlichen Traktoren, die vor dem Kriege 4 Mark für den Doppelzentner betrugen, auf 60 bis 80 Mark erhöht worden. Fordmaschinen werden mit 33 v. H. ihres Wertes belastet. Die Zollsätze für Mähmaschinen sind verdoppelt, die Sätze für andere landwirtschaftliche Maschinen vervier- und verfünffacht. Dadurch bleibe noch immer eine starke Disparität zwischen dem Schutz der Industrie und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestehen.

Innerhalb der landwirtschaftlichen Agrarzölle habe man die weiter verarbeiteten Produkte gegenüber den landwirtschaftlichen Rohstoffen nur ungenügend geschützt, so daß die Gefahr bestehe, daß man künftig lieber Mehl als Getreide einführen werde und lieber Butter als Rahm. Dadurch werden die verarbeitenden landwirtschaftlichen Gewerbe schwer geschädigt.

Dr. Schindler forderte die Wiedereinführung von Einfuhrscheinen, damit namentlich die ostdeutsche Landwirtschaft in die Lage versetzt sei, ausländische Konjunkturen auszunützen und zu gewissen Zeiten billige Auslandsartikel einzuführen.

Vermögenssteuer-Rate erst am 15. August.

Die Einzelberatung zum Vermögenssteuergesetz begann der Steuerausschuß mit dem § 22, der sich mit der Bestimmung der Terine für die diesjährigen Vorauszahlungsraten der Vermögenssteuer befaßt. Nach dem geltenden Gesetz wäre eine Vermögenssteuerrate am 15. Mai zu zahlen gewesen. **Der § 22 des Entwurfs will aber die Rate am 15. Mai fallen lassen. Da am 15. Mai das Vermögenssteuergesetz noch nicht beraten war,** wurde der Termin durch Initiativgesetz zunächst um einen Monat, also bis zum 15. Juni 1925, ausgesetzt. Da der **Vermögenssteuerentwurf auch jetzt noch nicht verabschiedet ist, beschloß der Ausschuß, dem Reichstag die abermalige Verlängerung der Vorauszahlungsfrist der Vermögenssteuer bis zum 15. August dieses Jahres durch ein neues Initiativgesetz** vorzuschlagen. Der Entwurf soll am Mittwoch auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden.

Die Deutschnationalen und Preußen.

Die Deutschnationalen des Landtags haben sich gestern mit der „Regierungsbildung“ befaßt. Das Ergebnis dieser Beratungen war eine Erklärung, in der es heißt, daß die Deutschnationale Fraktion des Landtages keine Veranlassung habe, erneut zur Regierungsumbildung Stellung zu nehmen. Das soll offenbar bedeuten, daß die Deutschnationalen an ihrem alten Standpunkt festhalten, in keine Regierung mit sozialdemokratischen Ministern hineinzugehen. Da ohnedies die Neigung, wieder einmal eine *Kabinettskrise zu veranstalten, sehr gering ist,* hat der Beschluß kaum aktuelle Bedeutung.

Die Rechtsverhältnisse der Reichsbahnbeamten.

In der Frage der Ueberführung von Beamten in das Arbeiterverhältnis hat der Abg. Schuldt-Steglitz mit dem Generaldirektor Oeser eine persönliche Aussprache gehabt. Oeser hat auf die eingehenden Darlegungen des Abgeordneten geantwortet, daß er eine Nachprüfung der vorgetragenen Beschwerden veranlassen werde. Es sei nicht die Absicht der Hauptverwaltung, ältere oder für den Arbeiterdienst körperlich nicht geeignete Beamte in das Arbeiterverhältnis zu zwingen. Diese sollten unter Zubilligung der bestimmungsmäßigen Bezüge in den Warte- oder Ruhestand versetzt werden. Es soll die Ueberführung in das Arbeiterverhältnis beschränkt bleiben auf jüngere Beamte, soweit sie aus dem Arbeiterverhältnis hervorgegangen sind. Inwieweit jüngere Beamte, die unter Berufung auf die Pension den Uebertritt in das Arbeiterverhältnis ablehnen, Anspruch auf Wartegeld haben, soll erneut untersucht und alle Fälle ungerechtfertigter Behandlung sollen ernstlich nachgeprüft und gegebenenfalls berichtigt werden. Schließlich gab Abg. Schuldt noch zu erwägen, ob nicht von der Ueberführung in das Arbeiterverhältnis abgesehen werden könne, wenn der Beamte sich bereit erkläre, Arbeiterdienste zu verrichten. Dem Vernehmen nach finden gegenwärtig zwischen dem Reichsverkehrsminister und der Hauptverwaltung Beratungen statt, wie den erwähnten Beschwerden abgeholfen werden kann.

Englische Parlamentarier in Danzig

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

✲ **Danzig,** 16. Juni.

In Danzig sind nach einer Reise durch Polen eine Anzahl englischer Parlamentarier unter Führung Sir Philipp Dawsons angekommen, die sich durch eigene Anschauung über die wirtschaftliche und politische Lage der Freien Stadt informieren wollen. Die Engländer haben sich günstig über die Bedeutung Danzigs für den englischen Handel ausgesprochen. Sir Philipp Dawson betonte, daß Danzigs politische Unabhängigkeit durch den Völkerbund gesichert bleiben werde, und daß England diese Aufgabe des Völkerbundes sehr ernst nehme. England sei bestrebt, mit allen Mitteln kriegerische Verwicklungen zu verhindern, die den gerade begonnenen Wiederaufbau Europas stören könnten.

Eckeners Polflug-Plan.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

✲ **Friedrichshafen,** 16. Juni.

Dr. Eckener wird, wie wir erfahren, sich in den nächsten Tagen wiederum nach Berlin begeben, um seine Verhandlungen über die geplante Zeppelin-Expedition nach der Arktis fortzusetzen. Er hofft, daß noch in dieser Woche die Entscheidung darüber fallen wird, ob es möglich ist, in einem eigens dazu gebauten Zeppelinluftschiff die Erforschung der Nordpolgegenden vorzunehmen. Die Expedition würde, wenn sie sich ermöglichen läßt, nicht, wie gerüchtweise verlautete, einen internationalen Charakter haben, sondern ein rein deutsches wissenschaftliches Unternehmen sein.

Paragraph 12.

Fabrik- und Werksparkassen.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages beriet und beschloß gestern über Vorschriften des § 12 des Aufwertungsgesetzes. Hierbei ist zu bemerken, das die Frage der Aufwertung der Bankguthaben noch nicht zur Erörterung kam.

Der Absatz 1 behielt seine bisherige Fassung. Vom Absatz 2 wurden die Nummern 1—5 gleichfalls nicht verändert. Dieser Absatz 2 enthält bekanntlich die Bestimmungen, was als Vermögensanlagen im Sinne des § 1 nicht zu gelten hat. Nummer 6 zählt zu diesen Vermögensanlagen Guthaben bei Fabrik- und Werksparkassen. Dieser Absatz wurde nach den Abstimmungen wie folgt gefaßt:

6. *Guthaben bei Fabrik- oder Werksparkassen.* Ueber die Höhe der Aufwertung der Guthaben bei Fabrik- und Werksparkassen entscheidet im Streitfalle die Aufwertungsstelle. § 9 findet entsprechende Anwendung. Die Reichsregierung wird ermächtigt, nähere Bestimmungen über die Abgrenzung des Begriffes der Fabrik- oder Werksparkassen über den Ausgleich der Guthaben durch geleistete Zahlungen sowie über Zeit und Art der Auszahlung der Guthaben, ferner über die Zusammensetzung und das Verfahren der Aufwertungsstelle zu treffen.

7. (Neu.) Zu diesen Vermögensanlagen, die nicht im Sinne des Abs. 1 gelten, zählen: Forderungen an Betriebspensionskassen; dies gilt nicht, insoweit die Mittel der Kasse aus freiwilligen Zuwendungen des Arbeitgebers herrühren; es gilt auch nicht, sofern das Vermögen der Kasse gesondert vom Betriebsvermögen des Arbeitgebers zu verwalten und anzulegen war, und verwaltet und angelegt worden ist. Die Reichsregierung wird ermächtigt, nähere Bestimmungen über die Aufgrenzung des Begriffes der Betriebspensionskassen, der freiwilligen Zuwendungen und der gesonderten Verwaltung und Anlegung, über den Ausgleich der Guthaben durch geleistete Zahlungen, sowie über Zeit und Art der Auszahlung der Guthaben zu treffen. Soweit zum Zwecke der Versorgung von Arbeitern und Angestellten eine Versicherung abgeschlossen ist, bleiben etwa bestehende weitergehende Versorgungsansprüche aus dem Dienstverhältnis unberührt.

Deutsche Gerichtsbarkeit in Aegypten.

Nach einer „Times“-Meldung aus Kairo wird der deutsche Gesandte heute einen Vertrag zwischen Deutschland und Aegypten unterzeichnen, der den deutschen Konsularräten Jurisdiktion über deutsche Bürger, ausgenommen bei gewissen politischen Verbrechen, zusichert.

Lord Reading bleibt Vizekönig.

Die Beratungen zwischen Lord Birkenhead, dem Staatssekretär für Indien, und dem Vizekönig von Indien, Lord Reading, sollen abgeschlossen sein. Lord Reading wird im nächsten Monat nach Indien zurückkehren.

Millionen für eine Film-Gesellschaft.

Der Wohnstätten-Prozeß.

In der heutigen Sitzung des Wohnstättenprozesses ist der Oberstaatsanwalt Linde, der gestern durch die Sache Kutisker-Barmat ferngehalten wurde, zur Stelle und hat am Tisch des Anklagevertreters Platz genommen. Gleich nach Beginn der Sitzung stellt der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Neumond, einen Antrag. Der Verteidiger führt aus, die Anklage stehe und falle mit der Einstellung des Gerichts zu den kaufmännischen und technischen Besonderheiten der Filmindustrie. Es gelte, die gerichtliche Entscheidung rein zu halten von dem Vorurteil gegen die Filmbranche, dem man draußen allenthalben begegne, und das auch deutlich in die Voruntersuchung bei diesem Prozeß hineingespielt habe. Dieses Vorurteil mag gegenüber den vielen parasitären Gebilden, die rings um die ernste Filmindustrie aufgetaucht sind, berechtigt sein, nicht aber gegenüber seriösen, kaufmännisch fundierten Unternehmungen, zu denen seinem ganzen Aufbau nach der Trianon-Konzern gehört. Es sei notwendig, daß dem Gericht ein Sachverständiger zur Seite stehe. Er schlage deshalb vor, den Direktor Dr. Böhm zu laden.

Staatsanwaltsrat Dr. Duden: Ich möchte für die Staatsanwaltschaft die Erklärung abgeben, daß wir die Trianongesellschaft durchaus nicht für ein etwa ungünstig zu beurteilendes Unternehmen halten. Das Gericht beschloß, als Sachverständigen den bisherigen Direktor der Deuliggesellschaft, Dr. Böhm, zu laden.

Hierauf erfolgt die Vernehmung des Angeklagten Busch, der die Laufbahn eines Bankbeamten eingeschlagen hat. Er gibt an: Ich hatte David Schratter beruflich kennen gelernt. Schratter war damals in der Inflationszeit auf dem Gebiet des Eisen- und Stahlhandels tätig. Im Februar 1923 ging David Schratter zum Film über und gründete eine Gesellschaft. Ich hatte schon seit längerer Zeit die Absicht zur Industrie zu gehen. Diesen Plan führte ich nun aus und trat als Direktor bei der Trianongesellschaft ein. Die Produktion der Gesellschaft hatte sehr großen Erfog. Das Auslandsgeschäft ließ sich gut an. Als vorübergehender Geldbedarf eintrat, wandte ich mich an meinen Schwager Bretschneider. — Vorsitzender: Weshalb taten Sie das? Ihr Schwager hatte doch als Beamter vermutlich nicht viel Vermögen. Sie wußten doch, daß Ihr Schwager bei der Wohnstätten-Gesellschaft war. — Angeklagter: Mein Schwager hatte Verbindungen und versprach mir, sich um Geldbeschaffung zu bemühen. Wir haben dann ein Atelier gebaut, das 82 000 Dollar kostete. Für die Innen-Ausstattung des Ateliers wurden 1 Million Mark investiert. Dann kam mein Schwager zu mir und erzählte, daß er bare Mitte zur Verfügung hätte. Er hatte früher schon manchmal in geschäftlichen Dingen mich um Rat gefragt und ich riet ihm also, die Gelder nicht bei der Seehandlung anzulegen, da sie zu wenig Zinsen gäbe, sondern das Geld der Trianon-Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Ich unterrichtete ihn genau über die Lage der Trianon. Es waren damals bereits drei große Filme fertig, ein vierter war in Arbeit. Wir hielten das Darlehen der Wohnstätten-Gesellschaft für durchaus sicher, da wir doch Sachwerte als Unterlage stellen konnten. Vorsitzender: Hatten Sie von vornherein die Absicht, bei der Wohnstätten-Gesellschaft dauernd Darlehen aufzunehmen? Angeklagter: Wir wollten das erste Darlehen von 100 000 Mark aus den Einnahmen zurückzahlen. Vorsitzender: Hat David Schratter Ihnen vielleicht die Lage seiner Gesellschaft sehr rosig geschildert? Angeklagter: Ich war ja selbst im Betrieb und übersah die Lage. Die Produktion wurde immer größer, neue Filme wurden angefangen, wir gründeten einen eigenen Film-Verleih. Der Geldbedarf stieg deshalb und es wurden nach und nach 3 600 000 Mark von der Wohnstätten-Gesellschaft entnommen. Die Unkosten waren damals größer als die Einnahmen, aber das Geschäft war gut im Gange und es versprach starke Ausbeute. Als jedoch die öffentliche Katastrophe eintrat, stockte natürlich das Geschäft. Vorsitzender: Haben Sie keine Bedenken gehabt, so hohe Summen von einem Institut zu entnehmen, das doch eine gemeinnützige Anstalt war und für sein Geld Wohnungen bauen sollte? Angeklagter: Ich glaubte, daß mein Schwager berechtigt war, in dieser Weise über die Gelder zu verfügen.

Der weitere Ausbau der Berliner Straßenbahn.

Die Berliner Straßenbahn-Betriebsgesellschaft, die nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung nun ihre endgültige Form erhalten hat, hat dem Haushaltsausschuß bei der Vorlegung ihrer Jahresbilanz einige Mitteilungen über ihre Ausbaupläne gemacht. Danach wird die Leistung der Straßenbahn in diesem Jahre auf 150 Millionen Wagenkilometer gesteigert und damit die Friedensleistung wieder erreicht werden. In den nächsten Wochen kommen zu den gegenwärtig betriebenen 84 Linien drei neue Linien hinzu, und zwar:

Ring 9 vom Halleschen Tor über Dönhoffplatz, Lindentunnel, Artillerie-, Warschauer, Schlesische Straße, Hallesches Tor;

Linie 16 von Siemensstadt über Jungfernheide, Beussel-, Invalidenstraße und weiter im Zuge der Linie 44 bis Görlitzer Bahnhof;

Linie 92 vom Emser Platz, Tauentzien-, Potsdamer, Köthener Straße, Anhalter Bahnhof und weiter im Zuge der Linie 98 bis zur Herzbergstraße und von dort über Richardstraße zum Ringbahnhof Neukölln.

Ferner werden 13 vorhandene Linien verlängert und auf zahlreichen Linien der Fahrtabstand wesentlich verdichtet. Aus dem Betriebsüberschuß von 1924 werden etwa 50 Km. Gleis erneuert und die Restbezahlung für die von der Straßenbahngesellschaft bestellten 1000 neuen Wagen beglichen. Im Laufe des Sommers kommen auch die neuen Triebwagen in Verkehr.

Richtlinien für einheitliche Pflasterarbeiten

Die zahlreichen Beschwerden über zu langsame Ausführung von Pflasterarbeiten in den Straßen Berlins, die besonders von den anliegenden Geschäftsleuten erhoben worden sind, haben die Verkehrspolizei veranlaßt, die beteiligten Verwaltungen zu einer Besprechung einzuladen. Es nahmen daran Vertreter der städtischen Werke, der Schutzpolizei, der Straßenbahn- und Telegraphenverwaltung und des Verkehrsbüros der Handelskammer teil. Es wurde mitgeteilt, daß die Straßenbahn schon seit längerer Zeit bei ihren Gleisarbeiten derart verfahre, daß sie vier Wochen vor Arbeitsbeginn den übrigen Leitungsverwaltungen Mitteilung mache und sie um Aeußerung ersuche, ob auch sie an der betreffenden Stelle arbeiten lassen wollen. Auf diese Weise werde ein einheitliches Vorgehen erreicht. Wie die Handelskammer mitteilt, wurde als Ergebnis der Besprechung festgestellt, vom nächsten Jahre ab Richtlinien aufzustellen, nach denen alle beteiligten Verwaltungen bei Arbeiten unter dem Straßenpflaster einheitlich zu verfahren haben. Die Arbeiten sollen für eine bestimmte Zeit vereinbart, es sollen ferner Doppelschichten eingelegt und wichtige Verkehrsstraßen nicht auf einmal gesperrt, sondern die Arbeiten so ausgeführt werden, daß erst die eine, dann die andere Seite der Straße vorgenommen wird.

Eine gefährliche Wildschweinjagd. Der Landwirt Michaelis aus Friedeberg (Nm.) wurde von einem Wildschwein, das er angeschossen, aber nicht tödlich getroffen hatte, angenommen, zu Boden gerissen und schwer verletzt. Er hatte jedoch noch soviel Kraft, sich von dem wütenden Tier zu befreien und es durch einen zweiten Schuß niederzustrecken. M. befindet sich in ärztlicher Behandlung, doch wird er dem Leben erhalten werden.

Tagung der Justizbürobeamten. Nach den Justizwachtmeistern hielten jetzt die Justizbureaubeamten ihren diesjährigen Verbandstag ab. Diese Beamtenkategorie führt seit Jahren den Kampf dagegen, daß sie zu Unrecht als Justizkanzleibeamte benannt und besoldet wird. Sie berufen sich darauf, daß wenigstens 85 v. H. der heutigen Justizkanzleitätigkeit Bureautätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes" darstelle. Im Gegensatz zu dieser Auffassung steht die Regierung, insbesondere das Finanzministerium, auf dem Standpunkt, daß die Kanzleibeamten im Wesentlichen mechanische Arbeit zu leisten hätten und dementsprechend besoldet werden müßten, eine Behauptung, die der Verband der Justizbureaubeamten erst kürzlich in einer Denkschrift eingehend widerlegt hat. Im Laufe der Verhandlungen wurde der Hinweis auf diese Ungerechtigkeit der Besoldung mit Vorschlägen zur Verbilligung gerade der mechanischen Arbeiten verknüpft, die mit anderen technischen Mitteln rascher und weniger kostspielig zu verrichten sind als durch Beschäftigung von Beamten. Im übrigen standen mancherlei Organisationsfragen zur Debatte, deren wichtigste die weitere Zugehörigkeit zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund war. Man warf ihm von manchen Seiten vor, daß er sich, besonders in den Ausführungen seines Bundesorgans, nicht immer politisch neutral verhalten hätte. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten entschied sich aber für ein weiteres Verbleiben bei dieser Spitzenorganisation, deren gewerkschaftliche Arbeit man anerkannte. Den Verhandlungen wohnte neben Vertretern der Behörde auch eine Anzahl Landtagsabgeordneter bei, unter ihnen der demokratische Abgeordnete Abg. Grzimek.

Rußleben.

Mittwoch, 17. Juni, 3 Uhr.

1. Königsadler — Punier.	5. Peraltion — Lokomotive.
2. Gestüt Höflein — Magowan jr.	6. Crassus — Fahrt Elias.
8. Lockung — Importation.	7. Fahrt Ch. Mills — Lebenslust.
4. Nathan IV — Fahrt Ch. Mills.	8. Dompfaff 1 — Fahrt J. Mills.

Aus der Diplomatie. Der englische Botschafter Lord d'Abernon hat mit Urlaub Berlin verlassen und sich nach London begeben. Während seiner Abwesenheit führt Botschaftsrat Adison die Geschäfte.

Eifersuchtstragödie. Werdau in Sachsen war in der Sonnabendnacht Schauplatz eines Eifersuchtsdramas. Der dort wohnhafte etwa 40 Jahre alte Arbeiter Canzler hatte mit seiner Geliebten, der Witwe Grippner, an einem Vergnügen teilgenommen. Dabei ist es anscheinend zu Streitigkeiten zwischen beiden gekommen; denn die Grippner hat den Saal mit einem anderen Manne verlassen. Canzler ging ihr nach, holte sie ein und gab auf sie einen Schuß aus einer Pistole ab, der ins Herz traf, so daß die Grippner alsbald tot zusammenbrach. Canzler ergriff die Flucht, wurde verfolgt und gab, als er eingeholt war, einen Schuß auf sich ab, der in den Kopf ging und ihn sofort tötete.

Tee im Landjugendheim. In dem in letzter Zeit vielgenannten Landjungendheim Finkenkrug findet am Donnerstag, dem 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, ein festlicher Tee statt, dessen Einnahme dem Weiterbau des dortigen Kindererholungsheims dienen soll. Das Programm verspricht allerhand Ueberraschungen, Volksbelustigungen, Märchenspiele u. a. m. Das Landjungendheim wird erreicht mit dem Auto über Spandau, Seegefeld und die Kolonie Falkenhain, mit der Bahn bis Station Finkenkrug der Nauener Vorortbahn. Die Eintrittskarten können bei Anna von Gierke, Charlottenburg, Goethestr. 22, bestellt werden, sind aber auch an der Tageskasse zu haben. Näheres über die Veranstaltung ist ebenfalls in Charlottenburg, Goethestr. 22, Fernruf Steinplatz 5561—63, zu erfragen.

Verurteilter Stahlhelmführer. Bei einer Veranstaltung des Stahlhelms in Rüdersdorf sprach der dortige Führer, der ehemalige Sergeant und jetzige Kaufmann Robert Schröder, unter anderem von den Reichsfarben als dem Symbol der Würdelosigkeit und Feigheit. Durch Bemühungen der „Republikanischen Beschwerdestelle" waren diese Vorgänge jetzt Gegenstand einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Bln.-Lichtenberg. Der Angeklagte erschien mit Windjacke, Knotenstock, umgeschnallt und geschmückt mit Orden und Ehrenzeichen. Er fand es gegen seine „Dienstvorschriften", die Kopfbedeckung abzunehmen, da er umgeschnallt habe. Erst als der Vorsitzende ihn darauf aufmerksam machte, daß er sich nicht im Dienst befände, bequemte er sich dazu, sein stolzes Haupt vor den Richtern zu entblößen. Er erklärte, mit seiner Aeußerung nicht die Reichsfarben, sondern das „Reichsbanner" gemeint zu haben. Das Gericht verurteilte den „unbesonnenen und leichtsinnigen " Führer des Stahlhelms an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 8 Tagen zu einer Geldstrafe von 200 Mark.

Streik der Berliner Möbeltransportarbeiter. Seit Sonnabend befinden sich die Möbeltransportarbeiter von Groß-Berlin im Streik. Die Arbeiter verlangten zu ihrem bisherigen Wochenlohn von 45 Mark bzw. Tagelohn von 8 Mark eine zehnprozentige Lohnerhöhung, die abgelehnt wurde.

Für eine halbe Million Schmuck gestohlen. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Dresden gedrahtet wird, drangen Diebe mit Nachschlüsseln in die Villa der 90jährigen Baronin Kaskel, der Witwe eines der Gründer der Dresdener Bank, ein und stahlen aus dem Schlafzimmer den gesamten Familienschmuck, darunter ein sechsreihiges Perlenhalsbond mit 317 großen weißen Perlen. Die Beute hat einen Wert von rund einer halben Million Mark. Die Dresdener Kriminalpolizei hält es nicht für ausgeschlossen, daß Berliner Verbrecher ihre Hand im Spiele haben. Es erscheint völlig unerklärlich, wie die Einbrecher bis in das Schlafzimmer der Baronin vordringen konnten, das stets von außen mehrfach verschlossen wird.

Schachmeister Teichmann †. Am Sonntag ist im Virchow-Krankenhaus der Schachmeister R. Teichmann an einem Herz- und Nierenleiden verstorben. Mit ihm ist einer der stärksten Schachspieler dahingegangen. Er hat auf den internationalen Turnieren zahlreiche Preise errungen. 1911 wurde er in Karlsbad vor Rubinstein und Schlechter Erster. Er war ein ruhiger, korrekter und außerordentlich kenntnisreicher Spieler. Ihm wären sicherlich noch größere Erfolge beschieden gewesen, wenn er mehr Unternehmungsgeist entwickelt hätte und mehr aus sich herausgegangen wäre. Aber auch in seinem privaten Leben liebte er es nicht, viel aus sich zu machen, er war zu bescheiden und zurückhaltend. Teichmann stammte aus Lehnitzsch in Sachsen-Altenburg, wo er am 24. Dezember 1868, an demselben Tage wie Dr. E. Lasker, geboren wurde. Er hat also ein Alter von 56 Jahren erreicht. Die Beerdigung findet am Freitag, dem 19. Juni, auf dem Golgatha-Friedhof am Schillerpark statt.

Die Mißstände der Untersuchungshaft.

Diskussion im Anwaltsverein.

An die Vorträge in der gestrigen Sitzung des Berliner Anwaltvereins, die sich mit der Praxis der Untersuchungshaft beschäftigten, und über die im heutigen Morgenblatt ausführlich berichtet wurde, schloß sich noch eine langandauernde Erörterung, an der zahlreiche Verteidiger wie Justizrat Löwenstein und Rechtsanwalt Bendix sowie der Gefängnisarzt Dr. Landsberger teilnahmen. Alle Redner wandten sich in gleicher Weise wie die Vortragenden gegen die bestehenden Mißstände.

Großes Aufsehen rief eine Mitteilung des Rechtsanwalts Hamburger hervor„ über einen gegen ihn selbst wegen Verleitung zum Meineid eingeleitetes Verfahren, das sich auf eine völlig haltlose Angabe einer übel beleumdeten Person gestützt habe. Trotzdem hat der zuständige Untersuchungsrichter es fertig gebracht, den Mandaten des Rechtsanw. Hamburger, die in Untersuchungshaft saßen, Vorhalte darüber zu machen, daß ihr Anwalt Zeugen zum Meineid verleiten wolle. Bei der Gegenüberstellung mit der Belastungszeugin ergab sich, daß diese den Verteidiger niemals gesehen habe. Allgemein war der Eindruck, daß es sich hier um einen schweren Uebergriff der Strafverfolgungsbehörden gehandelt habe. Zum Schluß der Debatte verwies Geheimer Justizrat Dr. Heinitz auf den Fall Eulenburg, der seinerzeit wegen Haftunfähigkeit aus der Untersuchungshaft entlassen wurde und der zu beglückwünschen sei, daß er den berühmten Geheimerlaß nicht mehr erlebt habe.

Endlich wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, durch die Rechtsanwalt Alsberg beauftragt wurde, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der vom Anwaltsverein den zuständigen Ministerien unterbreitet werden soll.

Auktion bei Henrici.

Die Berliner Auktionssaison geht ihrem Ende entgegen und nur noch ein paar Versteigerungen reichen als Nachzügler über die Junimitte hinaus. Die Ferienstimmung, die immer diese Zeit charakterisiert, macht sich naturgemäß in diesem Jahre besonders fühlbar und drückt etwas auf den Erfolg der Versteigerungen. Selbst eine Auktion großen Umfangs und entschiedener Qualität, wie die Henricische Auktion in der verflossenen Woche konnte um diese Jahreszeit nicht mehr recht zur Entfaltung gelangen. Am besten hielten sich die Möbel, die teilweise nur unter Kampf und zu beträchtlichen Preisen weggingen, so eine von Jakob signierte Mahagoni-Anrichte mit Messing und Marmor für 2400 Mark, ein runder Tisch Ludwig XVI. für 1020 Mark, ein Nierentischchen derselben Zeit für 1010 Mark. Von den Büchern der Auktion erzielte Goethes „Pandora" 60 Mark, der „Tasso" 67 Mark. Für Heines Buch der Lieder gab es 165 Mark und für seine Tragödien 225 Mark. Von den Stichen wurden Moreaus „Zubettgehen der Braut" mit 650 Mark bezahlt und Smith's Bildnis der Sophia Western mit 520 Mark. Zwei Blatt von Word nach Wheatly ergaben zusammen 1480 Mark. Unter den Bildnissen brachte Liotards Bildnis eines deutschen Herzogs in Pastell 2850 Mark.

Reisewerke bei Graupe.

Die Versteigerung alter geographischer und Reisewerke bei Graupe ergab, wenn auch zum Teil die fortgeschrittene Saison auf den Wettbewerb drückte, doch recht interessante Preise. So wurde ein vollständiges Exemplar der Merian-Zeilerschen Topographien mit 2400 Mark bezahlt. Das Teatrum europäum stieg auf 650 M., die Münstersche Kosmographie wurde mit 200 Mark gewertet. 280 Mark gab es für Flötners Bildniswerk der römischen Kaiser. Blaeus großes Welttheater ging nicht unter 740 Mark weg. 3800 Mark waren der Preis für das große Galeriewerk des P. v. d. Aa.

Im ganzen zeigten sich die großen Tafelwerke und hier vor allem die Werke mit kolorierten Kupfern, die zum Teil in ser schönen kostbar gebundenen Exemplaren vorlagen, ziemlich begehrt, so daß zum Beispiel der Merian-Preis als ein hoher zu gelten vermag. Am höchsten standen im Preise die alten Holzschnittwerke, für die Kosmographie des Ptolemäus in der zweiten Ulmer Ausgabe wurden 4800 M. bezahlt, für die römische Ausgabe der Geographie mit der Ruyschchen Weltkarte 2300 Mark.

Brieger.

Das Reichsbanner in Küstrin. Die Ortsgruppe Küstrin des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hielt am Sonntag ihre Fahnenweihe ab. Ein imposanter Festzug von vielen Tausenden marschierte mit zahlreichen Fahnen und Musikkapellen am Marktplatz auf. Dort hielt nach einer Ansprache des Kameradschaftsvorsitzenden Schöning, der auf die besonders schwierige Lage der Republikaner in Küstrin hinwies, Stadtrat Brückner die Weiherede. An die Kundgebung schloß sich ein großes republikanisches Volksfest. — Am gleichen Tage fand eine Bannerweihe in Friesack statt, bei der Major a. D. Hauff die Festrede hielt. Der Bürgermeister überreichte im Namen der Stadt einen Fahnennagel.

Wenn der Einbrecher das Ueberfallkommando ruft. In der Bernburger Straße hielt gestern abend ein Droschkenkutscher mit seinem Gefährt. Er sah, wie ein Einbrecher die Fensterscheibe eines Zigarrenladens eindrückte und das erbeutete Gut in zwei mitgebrachte Handtaschen verpackte. Der Kutscher eilte zum nächsten Fernsprecher und rief das Ueberfallkommando. Als der Dieb sah, daß man ihn beobachtete, rief er gleichfalls das Ueberfallkommando an und teilte mit, daß Einbrecher in einem Geschäft in der Köthener Straße seien. Als das Ueberfallkommando eintraf, wurde den Beamten von dem Droschkenkutscher mitgeteilt, daß der Einbruch in der Bernburger Straße verübt worden sei, und es gelang, den Gauner, der sich selbst seine Grube gegraben hatte, festzunehmen. Es ist der Arbeiter Willi Maschke, der hartnäckig bestreitet, den Diebstahl begangen zu haben.

Die Demokratische Jugend Berlin-Westen veranstaltet heute, abends 8 Uhr, einen Bunten Abend im Café „Meran", Schöneberg, Innsbrucker Straße 16 (Untergrundbahnhof Stadtpark). Hervorragende Kabarettisten wirken mit. Nach den Vorträgen Tanz. Gäste herzlich willkommen.

Demokratischer Klub. Der für heute, 8 Uhr abends, angesetzte Vortrag im Demokratischen Klub, Roonstraße 3, des Professors Dr. Eulenburg bezw. des Staatssekretärs a. D. Meyer, M. d. R., über die neue Handelspolitik wird auf Freitag, den 19. Juni, 8 Uhr abends, verlegt.

Wetteraussichten für Berlin und das Reich. Heiter bis wolkig, ohne erhebliche Niederschläge. Mäßig warm.

In Süddeutschland trocken und heiter, in Norddeutschland wolkiger, aber auch nur vereinzelte Niederschläge. Ueberall mäßig warm.

(Hierzu eine Beilage.)

Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nr. 281 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Dienstag, 16. Juni 1925, abends

Schwankende Tendenz.

Nur Renten weiter gut behauptet.

Bereits im Vormitagsverkehr der Banken untereinander war eine recht freundliche Tendenz der Dividendenwerte zu verzeichnen. Im Gegensatz zu gestern hielt diese freundlichere Grundstimmung auch bei Beginn des offiziellen Verkehrs an, machte sogar nach den ersten Kursen anfänglich noch weitere Fortschritte. Diese Entwicklung war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß das Angebot auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Als Käufer waren heute in erster Linie die Spekulation für Deckungen, ferner die Provinz, insbesondere das Rheinland, und schließlich auch das Ausland mit kleineren Aufträgen vertreten. Im Verlauf schlug dann jedoch die Stimmung plötzlich um, und zwar vornehmlich auf Gerüchte über angebliche Insolvenzen im Getreidehandel. Das Geschäft war bei alledem außerordentlich gering, insbesondere auch während der neuen Abschwächungen.

Am Montanmarkt hatten heute Papiere wie Mannesmann, Hoesch Stahl, Bochum-Guß, Rheinische Braunkohlen, Ilse Bergbau und Esener Steinkohlen anfänglich Gewinne bis zu 4 pCt. und teilweise sogar darüber aufzuweisen. Späterhin gingen diese Gewinne allerdings entsprechend der Allgemeintendenz größtenteils wieder verloren. Recht gut gehalten waren Kali- und Chemische Werte, von welch letzteren Rütgerswerke zeitweise über 4 pCt. anziehen konnten. Auch am Elektromarkt waren Kursaufbesserungen von 4 und mehr pCt. zu verzeichnen. Von den übrigen Marktgebieten waren stark gebessert Ludwig Loewe, C. Lorenz, Eisenbahnverkehrsmittel und Deutsche Petroleum. Schiffahrtswerte sowie Bankaktien konnten sich ebenfalls durchweg gut behaupten.

Eine auffallende Steigerung hatten Kabel Rheydt aufzuweisen, die von gestern 107 auf 125 anzogen. Es waren dabei Gerüchte in Umlauf, daß die Gesellschaft junge Aktien zu einem guten Bezugsrecht herausbringen wolle. Vom Rheinland wurden jedenfalls größere Käufe vorgenommen.

Unter Kolonialwerten entwickelte sich auch heute wieder lebhaftes Geschäft in Südsee-Phosphat, die aus den bekannten Gründen bis auf 40½ anziehen konnten.

Der Rentenmarkt lag auch heute recht fest. Es wurden wiederum Käufe von guter Seite beobachtet, außerdem soll das Ausland mit Aufträgen im Markt gewesen sein. Kriegsanleihe erreichte einen Höchstkurs von 0,42, pendelte schließlich aber wieder um 0,41.

Stadtanleihen verkehrten in etwas freundlicherer Haltung. Danziger Stadtanleihe blieb weiter gefragt. Man konnte einen Kurs von 10 pCt. hören. Frankfurt/Main blieben zu 5¾ und Köln zu 4,85 gesucht. Am Markt der Industrie-Obligationen war keine große Umsatztätigkeit festzustellen. Anilin-Obligationen waren zu 14 gesucht, ohne daß größere Umsätze zustandekamen. Goldpfandbriefe verkehrten in nicht einheitlicher Haltung. Fest lagen 10proz. Sachsen, die mit 81½ notiert wurden, und Ostpreußen. Schwächer dagegen Schleswig-Holsteiner und Schles. Goldpfandbriefe.

Bei ruhigem Geschäft lagen Vorkriegspfandbriefe wieder etwas fester. Berliner Pfandbriefe 5,20, Gothaer Pfandbriefe 5,20, Preuß. Central-Boden 5,80—6,00.

Gegen Schluß des amtlichen Verkehrs zeigte sich eine gewisse Beruhigung, die teilweise sogar leichte Kurserhöhungen im Gefolge hatten. Um 2 Uhr war jedoch die Haltung nicht mehr einheitlich und die Kurse bröckelten um Kleinigkeiten ab.

Am Kassamarkt konnten eine Reihe von Papieren Befestigungen aufweisen, so vor allem Jul. Pintsch, die 7 pCt. höher notierten. Ferner wurden höher Fein Jute 3, Deutsche Jute 4, Hirschb. Leder 3½, Höxter Zement 4. A.-G. für Verkehrswesen 2½, Zeitzer Maschinen 3. Niedriger wurden Berl. Dampfmühlen 5 pCt., Mech. Weberei Sorau 3, Tittel u. Krüger 5 pCt., Neuroder Kunstanst. 5 pCt. — Pinnauer Mühlen, die heute erstmalig in Gold notiert werden sollten, wurden, da kein Umsatz zustande kam, gestrichen.

Unter den unnotierten waren Schebera stärker gefragt auf Gerüchte, wonach eine 6proz. Dividende ausgeschüttet und die Einführung der Aktien in den amtlichen Verkehr beabsichtigt sein soll.

	16. 6.		16. 6.		16. 6.		16. 6.
Adler Kohle	—	Holsatia	0,50	Jul. Sichel †	36,50	Krügersh. †	81,50
Beck. Kohle	5,25	Hlzm. Glas †	—	Stoew.Mot. †	75,00	Nieders. †	63,50
BeckerStahl	0,75	Hünlich	—	Stral. Glas †	90,00	Ronnenberg	—
Benz	3,50	Ibach	0,60	Terra-Film	0,275	Steinförde	—
BrownBov †	—	Ifa	0,10	Thür. Uhren	0,20	Ummendorf	0,475
Buclag	—	K. Rheydt †	121,00	Tiag	—	Wittekind	50,00
Chi.W.Terr.	—	Kurs. Brk. †	—	TriererWiz.	—		
Dt.Lastaut †	—	Manoli Zig.	—	Ufa †	68,50	AG.f.Petr.-I.	0,55
DuxPorzell.	33,5	Müll. Kaffee	0,50	V.cm Zeitz †	58,00	Dt. Petrol. †	58,50
Evaporator.	0,18	Nation. Film	0,375	Winkelhaus	1,75		
Fraurth. Pz.	6,00	Nienb. Eis. †	35,00	Zhld. West †	40,00	*Diamond	18,25
Frist.& Ross	—	Oehrg. Bg. †	130,00			Kaoko	3,25
Getreide-C	—	Olea	—			*Salitrera	200,00
Glückauf B	1.25	Phön. Zhb. †	—	Adler Kali †	—	Sloman	3,75
Grade-Auto	0,075	Pose	0,20	Benthe	1,50	SüdsPhosph	40,00
Grade-Mot.	—	Ruhland W.	0,75	Halle Kali †	90,00		
Grkr. Frank	7.20	Schebera †	40,50	Hannov.Kal.	10,00	*C.Hisp.Akt	333,00
Gum Elbe †	132.50	Schwerdtfg	—	Heldbrg.Vz.	36,00	*do.arg.Bds.	356,00
Hochfrequ. †	70,00			Kali-Indust.	73,00	*do.span.do.	347,50

* In Mark per Stück. † In Goldprozenten.

*

Nach einem Beschluß des Börsenvorstandes bleibt die Wertpapierbörse auch im Juli an den Sonnabenden geschlossen.

*

Am internationalen Devisenmarkt lagen heute wieder alle Franken-Devisen flau. Nachdem im Vormittagsverkehr Paris gegen London 101,8 gehandelt wurde, konnte sich im späteren Verlauf eine kleine Erholung auf 101,55—60 durchsetzen. Mailand gegen London wurde im Usanceverkehr zunächst bis 126,50, später mit 125,80—126 gehandelt. Auch Brüssel und Spanien lagen etwas abgeschwächt. Fest dagegen lag das Pfund. London gegen Kabel wurde mit 86 Geld und 86⅛ B gehandelt. Fest lagen auch Oslo und Kopenhagen, ebenso Agram. Die Nachfrage hat keine große Veränderung erfahren, sie hält sich in dem normalen Rahmen.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Telegr. Auszahlungen		Bank-Diskont	16. 6.		15. 6.	
Reichsb.-Disk. 9 % Lomb. 11 %			Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	100 Gulden	4	168,54	168,96	168,54	168,66
Belgien	100 Franken	5½	19,84	19,88	19,914	19,955
Oslo	100 Kronen	6	70,74	70,92	70,84	71,02
Kopenhagen	100 Kronen	7	79,53	79,73	79,45	79,65
Schweden	100 Kronen	5½	112,25	112,53	112,26	112,54
Danzig	100 Gulden	9	80,84	81,04	80,83	81,03
Helsingfors	100 finn. M.	9	10,575	10,605	10,565	10,605
Italien	100 Lire	6	16,19	16,23	16,32	16,36
London	1 Lstr.	5	20,388	20,440	20,377	20,429
New York	1 Dollar	3½	4,195	4,205	4,195	4.205
Paris	100 Franken	7	20,03	20,09	20,23	20,29
Schweiz	100 Franken	4	81.43	81,63	81,475	81,675
Spanien	100 Peseten	5	61.07	61,23	61,07	61,23
Deutsch-Oest. abg.	100 Schilling	11	59,067	59,197	59,057	59,197
Prag	100 Kronen	7	12,428	12,468	12,43	12,47
Budapest	100000 Kronen	9	5.895	5,915	5,895	5,915
Buenos Aires	1 Papier-Peso	—	1,678	1,682	1,675	1.679
Bulgarien	100 Leva	10	3,055	3,065	3,065	3,075
Japan	1 Yen	7½	1,713	1,717	1,713	1,717
Rio de Janeiro	1 Milreis	—	0,459	0,461	0,456	0,458
Jugoslavien	100 Dinar	7	7,35	7,37	7,315	7,335
Portugal	100 Escudos	9	20,475	20,525	20,475	20,525
Konstantinopel	1 türk. Pfd.	—	2,22	2,23	2,255	2,265
Athen	100 Drachmen	8½	7,14	7,16	7,14	7,16

*

Die Verhältnisse am Geldmarkt haben keine größere Veränderungen erfahren. Für Tägliches Geld mußte 7½ bis 9½ pCt. gezahlt, während Monatsgeld etwas mehr gesucht war. Die Sätze bewegten sich hier zwischen 10 und 11½ pCt.

Die Sätze für Privatdiskonten waren gleichfalls unverändert. Kürzere Sichten 7¾, längere Sichten 7⅝.

*

Frankfurter Börse.

Die Tendenz ist weiter fest. Kriegsanleihe 405 bis 410 Milliarden pCt., Schutzgebiet-Anleihe 5,1. Von Aktien hört man Höchster Farben mit 105½, Badische Anilin mit 113½. Im Freiverkehr Api 0,6, Becker Stahl 0,8, Becker Kohle 4,9, Benz 47½, Krügershall 80, Kunstseide 270, Deutsche Petroleum 50, Kabel Rheydt 105, Ufa 67. — Devisen: London gegen New York 4,86½, Paris 101¾, Mailand 126⅜, Schweiz 25,02¼, Holland 12,09¾. Paris und London sind weiter schwach.

Schlechte Beschäftigung im Schachtbau. Die Deutsche Schachtbau A.-G. erzielte für das Geschäftsjahr 1924 eine Gesamteinnahme von 278 000 M., wovon nach Abschreibungen in Höhe von 100 000 M. und nach Abzug der Unkosten und Steuern ein Reingewinn von 96 000 M. verbleibt, aus dem eine Dividende von 4 pCt. verteilt werden soll. Man muß berücksichtigen, daß die Schachtbautätigkeit, speziell im Ruhrgebiet, vollkommen ruhte. Ebenso führte in der Kaliindustrie die Konzentration zur Stillegung einer Reihe von Schächten. So kam es, daß neue Schächte nicht in Angriff genommen worden, deren Zahl überdies bis Ende 1925 gesetzlich stark beschränkt ist. Günstiger lagen die Verhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, wo die Gesellschaft zwei Gefrierschächte ausführte. Die Maschinen- und Apparatebau A.-G. (Mabag), an welche die Maschinenfabrik der Gesellschaft verpachtet ist, litt unter aMngel an Aufträgen und schlechten Preisen. In der Bilanz vom 31. Dezember 1924 erscheinen Grundstücke unverändert mit 67 000 M., Gebäude mit 172 000 (— 6000) M., Fabrikmaschinen 146 000 (— 3000) M. und schließlich Schachtbaumaschinen mit 543 00 (— 70 000) M. Bankguthaben und sonstige Debitoren haben sich auf 367 000 M. (Goldbilanz 168 000 M.) erhöht. Fast unverändert geblieben ist der Wertpapierbestand mit 826 000 M. Auf der anderen Seite haben Kreditoren von 7000 auf 34 000 M. zugenommen, während in Ausführung begriffene Arbeiten mit 48 000 (57 000) M. zu Buche stehen.

Kammgarnspinnerei Schedewitz. Die Gesellschaft bleibt für das Geschäftsjahr 1924 ohne Dividende. Sie hatte zwar ein Bruttoergebnis von 249 475 M. Aber da sie vertragsmäßig an den Verlusten der Kammgarnspinnerei Silberstraße A.-G. beteiligt ist, mußte sie von dem Bruttoertrag 177 579 M. zur Deckung dieses Verlustes hergeben. Abschreibungen beanspruchten noch 57 327 M., so daß noch ein Reingewinn von 14 569 M. verbleibt, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Bilanz zeigt gegenüber der Goldmark-Eröffnungsbilanz vom 1. Januar 1924 sehr bedeutende Veränderungen. Die Bilanzsumme ist von 6,48 auf 10,06 Mill. M. gestiegen, und zwar erscheinen Grundstücke und Gebäude (infolge von Neubauten) jetzt mit 685 320 (421 000) M., Maschinen mit 328 514 (290 500) M., Debitoren mit 3,35 (1) Mill. M., Vorräte mit 4,95 (3,59) Mill. M. Zurückgegangen ist nur der Posten „Barmittel und Effekten" von 813 221 M. auf 674 135 M. Im Zusammenhang mit den Veränderungen auf der Aktivseite steht die außerordentlich starke Zunahme der Verpflichtungen, die sich fast verdoppelt haben, nämlich auf 7,46 (3,87) Mill. M. Die Verschuldung des Unternehmens erscheint unter diesen Umständen recht bedeutend, ebenso wie der beträchtliche Posten „Vorräte" auf der Aktivseite bei der gegenwärtigen Wollbaisse nicht bedenkenlos ist.

Beseitigung des Kapitalentwertungskontos durch Zusammenlegung. Die zum 27. Juni einberufene ao. G.-V. der Süddeutschland, Versichereungs-A.-G. in München hat u. a. zu beschließen über die Aufhebung des Beschlusses vom 20. Dezember v. J. über Erhöhung des Aktienkapitals, ferner über den Antrag: Beseitigung des Kapitalentwertungskontos durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 5:1.

Die Rothschild-Klage gegen die ägyptische Regierung. Soviel in London bekannt wird, hat der gemischte Schiedsgerichtshof in Kairo in der Klage gegen die ägyptische Regierung wegen der Tributanleihe seine Entscheidung gefällt. Die Klage wurde von der Londoner Firma Rothschild geführt. Es handelt sich darum, daß die ägyptische Regierung die Bezahlung des Schuldendienstes der Ottomanischen Anleihe von 1891 und 1894 suspendierte, die durch den ägyptischen Zollbeitrag gesichert ist. In dem Urteil wird ausgeführt, daß Aegypten bedingungslos die notwendigen Summen für Zinsen und Amortisation zu zahlen habe bis zum völligen Erlöschen der Anleihe. Dies war schon 1914 von der ägyptischen Regierung anerkannt, aber 1924 von der ägyptischen Kammer abgelehnt worden. Nach dem Urteil muß jetzt Aegypten an Rothschild aus der 1891er Anleihe jährlich bis zur Amortisation 280 622 Pfund zahlen, ebenso 5 pCt. Zinsen auf die suspendierte Zahlung und 329 249 Pfund auf die 1894er Anleihe. Das gesamte, in Frage stehende Objekt beläuft sich auf etwa 18 Millionen Pfund.

Erweiterungsbauten im Hugo-Hohenfels-Konzern. Wie aus den Geschäftsberichten der Gewerkschaften Hogo, Hohenfels, Bergmannssegen und Erichssegen für das Jahr 1924 hervorgeht, hat der Konzern den Bau einer großen Chlorkaliumfabrik begonnen, deren Anlagen jederzeit auf die doppelte Leistungsfähigkeit erweitert werden können. Der Inlandabsatz des Konzerns im abgelaufenen Jahre war mäßig, weil vielfach während der Inflationszeit von der Landwirtschaft Kalisalze auf Lager genommen wurden, die erst im Jahre 1924 vebraucht wurden. Der Auslandsabruf war halbwegs befriedigend. Die Gewerkschaften Hohenfels und Hugo übertrugen vorübergehend ihre Lieferung auf Bergmannssegen. Der Konzern schließt das Geschäftsjahr mit einem Gesamtverlust von 210 174 M.

Berliner Holzkontor A.-G. In der heutigen G.-V. wurde von verschiedenen Aktionären die Dividendenlosigkeit stark bemängelt. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß die Bildung des Reservefonds II nicht unbedingt notwendig sei bei den starken Reserven der Gesellschaft. Seitens der Verwaltung wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieser Reservefonds bei Besserung der Verhältnisse zur Auflösung komme und zur Dividendenausschüttung herangezogen werden soll. Der Export von Nutzholz ist nur in kleinem Maße möglich gewesen. Für die ersten vier Monate des laufenden Geschäftsjahres ist das Unternehmen gut beschäftigt gewesen und man hofft bei weitergehender guter Konjunktur auf einen günstigen Abschluß für das laufende Jahr.

Flaute am Produktenmarkt.

Die heutige Berliner Produktenbörse verkehrte in ausgesprochen flauer Haltung. Schon dem Drucke der gestrigen Preisstürze an den amerikanischen Börsen konnte sich der hiesige Markt nicht entziehen. Dazu kamen sehr schwache Anfangsmeldungen aus Liverpool, die um 3¼ Pence niedriger lauteten als die gestrigen Schlußkurse. Endlich hatte der Witterungsumschlag die Ernteaussichten günstig beeinflußt. So kam es, daß das Angebot aus der Provinz in Brotgetreide reichlicher wurde. Trotzdem die Forderungen um 3—4 M. ermäßigt waren, zeigte sich keinerlei Kauflust. Kompliziert wurde die Lage durch größere Abgabeneigung in Auslandsware und endlich durch Gerüchte über Zahlungsschwierigkeiten im Produktenhandel. Am Markt der Zeitgeschäfte war die Haltung gleichfalls sehr matt. Weizen eröffnete per Juli mit 259½, Roggen mit 205½. Auch Hafer ging um 5½ Mark auf 190 M. per Juli zurück, am Loko-Markt war Hafer schwächer.

Am heutigen Frühmarkt notierte: Hafer, guter, 262, 268, mittel 255, 261; Gerste 243, 250; Gelber Plata-Mais 216; Roggenkleie 145, 150; Futtererbsen 242, 250; Futterweizen 280, 284.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in G.-M.)	16. Juni	15. Juni
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinig. f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)	130,00	129,25
Not. d. Berl. Metallb.: Hüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	68,00—69,00	67,50—68,50
Remelted Plattenzink	61,50—62,50	61,00—62,00
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	235,00—240,00	235,00—240,00
do. do. in Walz- oder Drahtbarren	245,00—250,00	245,00—250,00
Reinnickel	345,00—350,00	345,00—350,00
Antimon-Regulus	119,00—121,00	121,00—123,00
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg	94,75—95,75	94,75—95,75

Hirsch Kupfer.

Das Programm für den Schuldenabbau.

In der heutigen G.-V. der Hirsch Kupfer u. Messingwerke A.-G. nahm der Leiter des Unternehmens, Aron Hirsch, Gelegenheit, ausführliche Darlegungen über die allgemeine Wirtschaftslage und über die speziellen Verhältnisse der Gesellschaft zu machen.

Die Verhältnisse hätten gezeigt, so führte Aron Hirsch aus, daß das Goldkapital für die Hirsch Kupfer Gesellschaft tragbar sei. Es werde auf das jetzt bei ihr stabilisierte Goldkapital eine stabile Rente in Aussicht gestellt werden können. Die Umstellung charakterisierte sich im übrigen nicht in der Goldmark-Eröffnungsbilanz, sondern auch in den Einrichtungen, die geschaffen werden mußten, um wieder auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage arbeiten zu können. Es handelt sich hierbei um umfassende Umstellungen auf kaufmännischem und technischem Gebiet. So vollkommen die neuen Einrichtungen bei Beginn des Geschäftsjahres waren, so mußten sie während des Geschäftsjahres noch erhebliche Ergänzungen erfahren. Diese finden keinen Ausdruck in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern sind vorweg zu Lasten des Betriebes abgeschrieben. Dieser Aufwand war ein sehr bedeutender und repräsentiert ungefähr das Dreifache desjenigen Betrages, der als Nettoüberschuß ausgewiesen wurde (850 210 M.). Das größte Aktivum der Gesellschaft sind ihre technischen Anlagen, die jetzt vollendet dastehen.

Im neuen Geschäftsjahr ist bisher befriedigend verdient worden. Da die Gesellschaft auch für die folgenden Monate voll beschäftigt ist, so glaubt die Verwaltung, für das Jahr 1925 ein befriedigendes Resultat in Aussicht stellen zu können. Diese Zuversicht verdankt die Verwaltung der Eigenart ihrer Branche. Wenn man sich den Wert der Anlagen der Gesellschaft klar macht, wenn man ferner berücksichtigt, daß die Bestände an Metall- und Betriebsmaterialien sowie gute Außenstände mehr als die Höhe der Schulden der Gesellschaft ausmachen, so ist es aber ohne weiteres ersichtlich, daß bei den bedeutenden monatlichen Umsätzen von etwa 5 Millionen M. die Aktienkapitaldecke allein nicht ausreichen kann, um alles zu bestreiten. Von den Metallkonjunkturen wird die Gesellschaft nicht betroffen, da sie es vermied, in Metallen zu spekulieren und nur soviel Rohmaterialien einkaufte, wie sie an Fertigfabrikaten verkaufte. Das Unternehmen hat es nicht mehr nötig, für seine Schulden Investierungen irgendwelcher Art zu machen, so daß man also von einer gewissen Konsolidation sprechen kann. Wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, wird das Unternehmen seine Schulden, vielleicht durch neue Emissionen von Aktien oder Ausgabe von Teilschuldverschreibungen, konsolidieren. Da aber alles dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich ist, bemüht sich die Verwaltung, sich aus sich selbst heraus zu erleichtern. Es werden Sachwerte liquidiert werden, wenn Zeit und Gelegenheit dazu sich bieten werden, und zwar solche, die nicht organisch mit dem Gesamtunternehmen zusammenhängen.

Ein Anfang damit ist gemacht, indem die Gesellschaft von den 2,1 Millionen Goldkapital der Hüttenwerke C. Wilh. Kayser u. Co. A.-G. etwa 2 Millionen Mark an die ihr befreundete Firma Aron Hirsch u. Sohn abgestoßen hat, und zwar zu einem Preise, der einen Kurs von 150 pCt. darstellt. Diese Transaktion ist jetzt vollständig abgewickelt. Außerdem haben die Rechtsnachfolger bei den Hüttenwerken Kayser auch die Schulden übernommen, die Kayser bei Hirsch-Kupfer kontrahiert hatte. Hirsch-Kupfer hat sich zu dieser Transaktion entschlossen, weil Kayser aufgehört hatte, für Hirsch-Kupfer das Mittel zum Zweck zu sein, welches die Gesellschaft bei Entrierung des Geschäfts gewesen ist. Die Hirsch-Kupfer-Gesellschaft braucht heute das Drei- bis Vierfache dessen, was die Kayser-Gesellschaft zu produzieren in der Lage ist. Trotz des Aufhörens der direkten Beziehungen zu Kayser ist Vorsorge getroffen, auch die Vorteile des Kayser-Werkes weiter genießen zu können.

Sodann wurde der Abschluß genehmigt und beschlossen, aus dem Reingewinn in Höhe von 850 210 M. nach Abschreibung von 450 000 M. auf Gebäude eine Dividende von 6 pCt. zu verteilen und 103 544 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Bei den Aufsichtsratswahlen wurden neu gewählt: Dr. Ernst Bassermann und Dr. Arnold Barth.

Ein Verband für gezogene Drähte und Drahtstifte geplant. Wie wir erfahren, soll am 18. d. M. in Düsseldorf eine Versammlung der Drahtwerke stattfinden, die über Gründung eines großen Verbandes für gezogene Drähte und Drahtstifte für Inland und Export beraten soll, um die jetzigen unerträglichen Verluste zu beseitigen. Das Syndikat soll in möglichst kurzer Zeit als Verkaufsverband ins Leben treten. Nachdem der Walzdrahtverband zustandegekommen ist, dürften auch diese Verhandlungen guten Erfolg versprechen.

Befriedigendes Geschäftsergebnis der Rawack & Grünfeld A.-G. Das Bruttoerträgnis der Gesellschaft in dem am 31. Dezember beendeten Geschäftsjahr belief sich auf 2,78 Mill. M. Handlungsunkosten und Steuern beanspruchten hiervon 1,97 Mill. M., so daß ein Reingewinn von 818 454 M. verbleibt, aus welchem 12 pCt. Dividende auf 5 Mill. M. Aktienkapital ausgeschüttet, 100 000 M. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt, 68 180 M. als Aufsichtsratstantieme verteilt und 50 273 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesellschaft war in der Lage, ihre Umsätze allmählich zu steigern, und in dem Bestreben um Wiederherstellung der durch den Krieg unterbrochenen Beziehungen weitere Erfolge zu verzeichnen. In der Bilanz sind Warenvorräte auf 960 472 M. (Golderöffnungsbilanz 552 198 M.) gestiegen, Debitoren von 8,17 auf 8,71 Mill. M., auf der anderen Seite Kreditoren von 7,96 auf 8,34 Mill. M. Das Vermögen der Gesellschaft ist gegenüber der Goldmark-Eröffnungsbilanz um etwa 1,2 Mill. M. gestiegen.

A.-G. für Eisenindustrie und Brückenbau vorm. Johann Caspar Harkort. Die Gesellschaft erzielte für das Geschäftsjahr 1924 einen Rohgewinn von 743 921 Rm. Der nach Abzug von 603 492 Rm. für Generalunkosten und 100 038 Rm. für Abschreibungen verbleibende Reingewinn von 40 390 Rm. soll im Hinblick auf die geringe Geldflüssigkeit des Unternehmens vorgetragen werden. Laut Geschäftsbericht war der Zugang an neuen Aufträgen im Eisen-Hochbau während des ganzen Jahres gering, da die Hüttenwerke und die sonstige Privatindustrie sich nur schwer zu Neubauten entschlossen. Eine etwas lebhaftere Beschäftigung konnte die Gesellschaft im Brückenbau verzeichnen, da die Reichsbahn dazu überging, infolge der neuen schwereren Betriebsmittel alte Brücken durch neue zu ersetzen. Der Beschäftigungsgrad im Wagenbau hat während des Jahres ständig nachgelassen. Das Auslandsgeschäft war gering. Verglichen mit der Goldmark-Eröffnungsbilanz weisen in der Abschlußbilanz die Anlagenwerte nur geringfügige Veränderungen aus. Die Vorräte sind von 515 376 Rm. auf 550 184 Rm. gestiegen. Kassenbestand und Bankguthaben haben sich um rd. 25 000 Rm. vermindert, desgleichen Wertpapiere. Schuldnern in Höhe von 206 267 (90 780) Rm. und Leistungen für unabgewickelte Bestellungen in Höhe von 678 636 ((898 839 Rm. stehen 817 827 (18 895) Rm. Gläubiger und 569 342 (179 179) Rm. erhaltene Abschlagzahlungen gegenüber. Der Status der Gesellschaft hat sich demnach verglichen mit der Goldmark-Eröffnungsbilanz verschlechtert.

Weiterer Verlauf der Börse.

Kurse gegen 2 Uhr:

Daimler 53,25, Hirsch Kupfer 98, Hammersen 18,62, Ilse Bergbau 93,75, A. E. G. 91,25, Ges. f. elektr Untern 106,37, Schuckert 56,5, El. Licht 92,25, Laurahütte 45, Deutsch Lux. 68,75, Gelsenkirchen 58,25, Caro 53, Oberbedarf 5,5, Phönix 88,5, Harpener 106, Hohenlohe 13,6, Rheinstahl 70, Riedel 57,5, N. A. G. 90,4, Schultheiß 29,75 Orenstein 60,75, Leonhard Tietz 65,5, Salzdetfurth 22,25, Tel. Berliner 54, Hochbahn 71,25, Canada 33,37, 23er K-Schätze 0,32, 3½proz. Consols 0,490, Kriegsanleihe 0,412,5, Hamburg Packet 52,25, Nordd. Lloyd 56,25, Hansa 74,5, Hamburg-Süd 76, Erdöl 90,12 B. E. W. 3, Barmer Bank-Verein 1,25, Darmstädter 121, Disconto 108, Mitteldeutsche 98, Berl. Handels-Ges. 119, Deutsche Bank 120,5, Dresdner 102,25, Reichsbank 120, Südsee 40,5, Sloman 4, Salitrera 197,5, Diamond 18,25, Petroleum 58,5, Commerzbank 99.

Zahlungseinstellung in der Textilbranche. Eine Gläubigerversammlung der Firma Hemdenmatz G. m. b. H., Berlin, beschloß, die fünf Geschäfte des Unternehmens unter Aufsicht eines Gläubigerausschusses weiter zu betreiben und 40 pCt. der täglichen Kasseneingänge an die Gläubiger auf ein Separatkonto abzuführen. Die Passiven betragen lt. „Text. W." 155 000 M., denen an Aktiven 101 960 M. gegenüberstehen. — Die unter Geschäftsaufsicht gestellte Wirk- und Webwaren-Großhandlung Kremer & Muus, Stralsund, bietet ihren Gläubigern eine Quote von 40 pCt. Die Passiven betragen 214 057 M., denen nur 92 800 M. Aktiven gegenüberstehen.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 16. Juni. (Loko-Notierungen für Getreide gelten ab Station.) Weizen, loko, märkischer 264—267, per Juli 259½ bis 260½; Tendenz matter. — Roggen, loko, märkischer 210—214, per Juli 205,50—206,50—206; matt. — Sommergerste 236—242. Winter- und Futtergerste 200—216; still. — Hafer, loko, märkischer 233—241, per Juli 190—191; matt. — Mais, loko, Berlin 207—211; still. — Weizenmehl 33,50—36; matter. — Roggenmehl 29 bis 30,50; matter.

Weizenkleie 10,70—11, Roggenkleie 14,30—14,50, Tendenz stetig, Raps 360—370, Tendenz ruhig, Viktoriaerbsen 24—29, kleine Speiseerbsen 24—26, Futtererbsen 21—24, Peluschken 21—23, Ackerbohnen 21—22, Wicken 23—26, Lupinen, blau 10—11, do. gelb 13,50—14,50, Rapskuchen 15—15,60, Leinkuchen 22,20—2,80, Trockenschnitzel 10,20—10,50, Torfmelasse 30/70 10,—, Kartoffelflocken 19,30—19,40.

Fortlaufende amtliche Notierungen.

Festverz. Werte.			Einh.-Kurse heute	vor
Dt.Joh.-Sch.			93,00	92,90
Dt.Schatz 16 IV-V	4½	0,395-0,40	0,39	0,34
do. 6-9 Agio	4½	0,39-,375	0,375	0,33
do. fällig 24	4½	0,3975-0,345	—	0,325
Reichs. K 23	5/75	0,295-0,32	0,32	0,20
Dt. Reichs-A.	5	0,420-0,415	0,4225	0,3775
do.	4	0,475-0,47	0,47	0,40
do.	3½	0,45-0,465	0,46	0,375
do.	3	0,55	0,655	0,515
Pr. Schatz	7-75		—	—
do. 1.5.25	5		0,25	0,245
do. auslsb.	4		—	0,725
do.Hibernia	4½		0,755	0,39
Pr. kons. Anl	4	0,467-0,485	0,485	0,4075
do.	3½	0,5075-0,490	0,49	0,40
do.	3	0,51-0,495	0,51	0,42
Bayer. St.-A.	4	0,57-0,59	0,61	0,55
do.	3½	0,60-0,59	0,60	0,56
Hbg. St. 19 E	4½	0,064-0,062	0,062	0,0565
Mazed. Gold	3	7,12	7,13	7,00
Mexikan. Anl.	5		—	—
do.	5		35,25	36,63
Mexik. Bew.	4½		—	—
Oest.Sch. 14	4½	7,12	7,00	—
- am. Eis.-A.	4½		1,3[illegible]	1,38
Oest. Gold-R.	4		10,13	10,13
Oest. Kr.-Rt.	4		0,70	—
do.konv.J./J.	4		0,60	0,60
do.do.Mai/N.	4		—	0,60
do. Silber	4½		—	0,90
do. Papier	4½		—	—
Türk. Bagd.1	4		8,30	—
do. Ser. 2	4	6,12-6,20	6,20	—
do. unifiz.	4		—	—

			heute	vor
Türk.Zoll-Obl	4	6,30-6,90	6,90	6,70
Türk.400 Fr.			22,0	22,5
Türk.Adm.03			7,40	—
Türk. Anl. 05	4	6,70	—	5,75
Türk. Anl. 08	4		—	—
Ung.St.R. 13	4½		—	—
do. St.-R. 14	4½	6,80	6,88	6,75
do.Goldrente	4		7,90	7,60
do. St.-R. 10	4	5,90-6,00	6,00	5,90
do.Kronen-R.	4	0,95	0,925	0,95
Lissab.St.I.II	4		—	3,1
Anat.Eis. S.1	—	8,25	8,25	7,80
do. 2	—	7,25	7,25	7,00
Lombard. 2,6	—		9,75	—
do. neue	—		9,80	—
Tehuant.Nat.	4½		—	—
do.	5		—	—
Franzosen	—		—	20,0
Baltimore	—		58,00	56,25
Canada Abl.	—	33,38	33,38	32,50
Schantung	6	1,20	1,20	1,13
Dt.Austr.Dpf.	Go	—	57,00	57,[illegible]
Hbg.Amer. P.	Go	51,13-52,50-42,5	52,40	50,50
Hbg.-Südam.	Go	75,50-76,00	76,50	73,50
Hansa	Go	74,50-74,00	75,00	72,75
Kosmos	Go	—	—	56,00
Nordd. Lloyd	Go	55,75-56,63	56,25	55,30
Roland Linie	Go		8[illegible],50	81,25
Stett. Dampf.	6	1,87	1,8[illegible]	1,80
Verein. Elbe	Go	40,00	40,68	40,00
Elektr. Hochb	5	71,25-71,13	71,00	70,00
Bank el. W.	—	3,00	3,00	3,00
Bk.f.Brauind.	Go	67,25-67,00	67,00	66,00
Barm. Bankv.	6	1,25	1,25	1,25
Bayr.Hyp.u.W	Go	1,50	81,75	81,50
Bayr. Ver.Bk.	6	,80	1,80	1,80
Berl.Hand.-G	G	119,25-119,00	119,00	119,00
Commerzbk.	Go	99,00	99,00	99,00
Darmst.u.Nat	Go	120,50	120,50	120,75

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 16. Juni 1925

[illegible]

Deutsche Staats-Anl.

[illegible]

Preuß. Pfandbriefe

[illegible]

Wertbeständige Anl.

[illegible]

Ausländ. Anleihen

[illegible]

Ausl. Eisenb.-Oblig.

[illegible]

Deutsche Eisenb.-Akt.

[illegible]

Kleinbahn-Aktien

[illegible]

Hypoth.-Pfandbriefe

[illegible]

Schiffahrts-Aktien

[illegible]

Bank-Aktien

[illegible]

Brauereien

[illegible]

Industrie-Aktien

[illegible]

Kolonial-Werte

[illegible]